



110 | 2011
Viola Neu

Von Gysi geeint – von Lafontaine geschweißt

DIE PROGRAMMATISCHE ENTWICKLUNG
DER PARTEI DIE LINKE/PDS VON 1990
BIS 2011

ZUKUNFTSFORUM
POL



ISBN 978-3-942775-58-8

www.kas.de

 Konrad
Adenauer
Stiftung

INHALT

5 ALLGEMEINE PROGRAMMATISCHE ENTWICKLUNG	
9 KONTINUITÄTSLINIEN DER PROGRAMME SEIT 1990	
▪ Die Programme von 1993 und 2003.....	11
26 DIE FUSION VON WASG UND PDS 2007	
31 DAS PROGRAMM VON 2011 – RADIKALE OPPOSITION	
▪ Wichtigste Ergebnisse des Programms von 2011.....	31
▪ Das neue Programm von 2011	32
▪ <i>Kapitalismuskritik und die Überwindung der</i> <i>bürgerlichen Demokratie.....</i>	<i>35</i>
▪ <i>Eigentum- und Wirtschaftsordnung</i>	<i>37</i>
▪ <i>Umverteilung von Vermögen</i>	<i>39</i>
▪ <i>„Gute Arbeit“</i>	<i>39</i>
▪ <i>Feminismus und Ökologie</i>	<i>41</i>
▪ <i>Einzelne Aspekte</i>	<i>41</i>
46 DIE AUTORIN	
46 ANSPRECHPARTNERIN IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG	

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.*

© 2011, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

*Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.*

ISBN 978-3-942775-58-8

ALLGEMEINE PROGRAMMATISCHE ENTWICKLUNG

„Sobald ein Programm überarbeitet wird, beginnt zuverlässig ein lang anhaltender Grundsatzstreit um Grundsatzfragen, der erst endet, wenn das neue Programm angenommen ist und ab da niemanden mehr interessiert.“

*Christine Ostrowski, 2001,
„Ossis PDS-Gesetze. Warum auch in der PDS alles schief geht“,
Dresden, S. 36*

Die PDS/Linke ist Rekordhalter, was die Anzahl der Grundsatzprogramme der Partei seit 1990 anbelangt. Immerhin formulierte sie 2011 ihr fünftes Programm, während die anderen Bundestagsparteien zwei (im Falle der SPD, CDU und CSU) oder gar nur ein Programm (Grüne, FDP) in dieser Zeitspanne beschlossen haben. Das erste Grundsatzprogramm der PDS wurde 1990 in der turbulenten Vorbereitungsphase der Volkskammerwahl formuliert. Aufgrund seines wenig stringenten Charakters war sich die Partei von Anfang an darüber bewusst, dass es nur ein Programm des Übergangs sei. Obwohl dem 1993er Programm eigentlich längere Zukunft beschieden sein sollte, war das Unbehagen bereits unmittelbar nach der Verabschiedung groß, so dass schon Mitte der 1990er Jahre Überlegungen für ein neues Programm angestellt wurden. 2003 beschloss die Partei ihr drittes Programm. Hätte man erwartet, dass der Zusammenschluss von WASG und PDS zur Linken rasch zu

einer programmatischen Neuausrichtung führen würde, wäre man enttäuscht worden. Zur Fusion 2007 einigte man sich lediglich auf „Programmatische Eckpunkte“, denen nur ein Übergangscharakter attestiert wurde, um dann schließlich 2011 das programmatische Zusammenwachsen der beiden Parteien tatsächlich zu vollziehen.

Sieht man von strategischen Fragen ab, geben sich Parteien normalerweise dann ein neues Programm, wenn sie das Gefühl haben, auf neue Herausforderungen und Fragestellungen sowie gesellschaftliche Wandlungsprozesse keine zutreffenden oder keine zeitgemäßen Antworten mehr geben zu können. Bei der PDS/Linken steht hingegen die Selbstverortung im utopisch-ideologisch-theoretischen Gesamtkonzept im Mittelpunkt. Die Politikfelder, neu hinzu kommende Fragestellungen und Problemlagen werden so lange gestreckt oder gekürzt, bis sie in das sozialistische Prokrustesbett hineinpassen. Reale Probleme werden somit immer unter weltanschaulichen Gesichtspunkten geprüft. „In den programmatischen Debatten ging es immer um die Trias von Identität, Integration in die für die Partei neue Ordnung der Bundesrepublik und zugleich um Abgrenzung von dieser, um sie zu verändern und den Kapitalismus beziehungsweise die Marktwirtschaft durch den Sozialismus zu ersetzen“,¹ schreibt Sebastian Prinz, der sich intensiv mit der programmatischen Entwicklung auseinandergesetzt hat. Der Reflexionsprozess ist dabei ein kontinuierlicher, was zur Folge hat, dass nach dem Grundsatzprogramm gleichzeitig vor dem Grundsatzprogramm ist und die Phase dazwischen mit Konferenzen, Tagungen, Entwürfen, Gegenentwürfen, Kommentaren, kurzum, einer Unmenge an Papier gefüllt wird.

Die Gretchenfrage der Linken bleibt dabei über die Jahrzehnte die gleiche: Genosse, wie hältst du es mit der Revolution? Alle Konflikte und Widersprüche der Partei lassen sich auf diese zentrale Konfliktlinie reduzieren, die Reform- versus Revolutionskontroverse, die so alt ist wie sozialistische Parteien.² Diejenigen, die dem Revolutionslager angehören, verneinen grundsätzlich eine Veränderbarkeit der „kapitalistischen“ Gesellschaften und der politischen Systeme. Der Sozialismus ist nur durch die Beseitigung kapitalistischer Gesellschaften zu erreichen. Die Reformer sehen hingegen im Kapitalismus Entwicklungspotenziale und setzen auf eine schrittweise Veränderung, die schließlich in der Überwindung des Kapitalismus mündet. Bereits früh haben sich für diese Flügelcharakterisierung innerhalb der PDS die Begriffe Reformer und Orthodoxe etabliert.³ Die Analogie zu den Grünen ist unübersehbar, deren Haupt-

richtungen als Realos und Fundis charakterisiert wurden. Zweifellos handelt es sich hierbei um eine grobe Vereinfachung, welche die ausdifferenzierten Lager, Strömungen und individuellen weltanschaulichen Verortungen nur unzureichend widerspiegelt, doch sind die Begriffe gleichermaßen kategorial geeignet, die Grundwidersprüche zu kennzeichnen, so dass sie auch in diese Analyse einfließen. Denn ein Reformers, Pragmatiker oder ein undogmatischer Linker wird sich nicht auf der Seite der traditionellen, radikalen Orthodoxen verorten lassen und umgekehrt.

Eine Analyse von Parteiprogrammen kann einzelne politische Forderungen auf deren Durchsetzbarkeit und politische Wünschbarkeit prüfen. Da die politische Auseinandersetzung um konkrete Lösungsvorschläge im politischen Raum zu leisten ist, liefert diese Analyse hierzu keinen Beitrag. Die originär politischen Forderungen der PDS/Linken verstoßen meist nicht gegen die Grundsätze der Demokratie (für den politischen Generalstreik und entschädigungslose Enteignungen trifft dies beispielsweise nicht zu). Wer zum Beispiel den Ausbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors fordert, Gemeinschaftsschulen oder eine Ausweitung des Sozialstaates intendiert, verstößt in keiner Weise gegen die Ordnung des Grundgesetzes. Alle diese Forderungen ließen sich im Rahmen der „bürgerlichen“ Demokratie verwirklichen, entsprechende Mehrheiten vorausgesetzt.

Daher könnte es Verwunderung auslösen, wenn die PDS/Linke ihre politischen Vorschläge immer mit einem Systemwechsel in Verbindung bringt, für den eigentlich keine Notwendigkeit bestünde, wenn sie – wie alle anderen Parteien auch – lediglich Politik gestalten möchte. Hieran sind jedoch, wie die Analyse zeigt, ernsthafte Zweifel anzumelden. Es wäre oberflächlich, würde man wortgleiche Forderungen der PDS/Linken auch von der politischen Reichweite mit vergleichbaren Aussagen sozialdemokratischer, grüner, liberaler oder christdemokratischer Politik gleichsetzen. Denn für die Partei Die Linke dienen politische Forderungen lediglich einem Etappenziel: „Utopisch ist es, unter heutigen Bedingungen immer noch zu glauben, durch ein paar bessere Regeln ließe sich die Deutsche Bank zum Mittelstandförderer und Eon zum Vorkämpfer einer solaren Energiewende machen. Das spricht nicht dagegen, für Regeln zu kämpfen, solange man für weitergehende Forderungen keine gesellschaftliche Machtbasis hat.“⁴

Diese Analyse beschäftigt sich mit den programmatischen Hauptzielen und dem ideologischen Wandel der Partei.

- 1| *Sebastian Prinz, 2010, Die programmatische Entwicklung der PDS. Kontinuität und Wandel der Politik einer sozialistischen Partei, Wiesbaden, S. 14.*
- 2| *Seit Ende des 19. Jahrhunderts ist dies für linke Bewegungen die zentrale Scheidelinie, wie sie paradigmatisch von Karl Kautsky (Revolution) und Eduard Bernstein (Reform) diskutiert wurde.*
- 3| *Vgl. Jürgen P. Lang, 2003, Ist die PDS eine demokratische Partei? Eine extremismustheoretische Untersuchung, Baden-Baden.*
- 4| *Sahra Wagenknecht, Ein paar bessere Regeln reichen nicht, in: Neues Deutschland vom 04.10.2010.*

KONTINUITÄTSLINIEN DER PROGRAMME SEIT 1990

Als die PDS sich ihr erstes Programm¹ gab, befand sie sich in einer desolaten Lage. Den drohenden Untergang der DDR vor Augen, ohne Eingriffsmöglichkeiten und ohne die Chance, die alte Macht zu restaurieren, konnte sie nur versuchen, sich zu behaupten und ihren noch verbliebenen Mitgliedern eine Perspektive zu eröffnen. Gleichmaßen musste sie sich von der SED und der DDR distanzieren, ohne wiederum die treue Klientel zu sehr zu verschrecken. Dass allein aufgrund des engen zeitlichen Rahmens kein innerparteilicher Diskussionsprozess stattgefunden haben konnte, liegt auf der Hand. Gleichmaßen erklärt dies auch die ideologischen Brüche und Versatzstücke innerhalb des Programms.

Hauptanliegen war die Rettung der Utopie des Sozialismus, die „durch den administrativ-zentralistischen Sozialismus, in den Schmutz gezogen“² worden sei, aber „es bleibt doch auch die Tatsache, dass die sozialistische Ursprungsidee nichts von ihrer Aktualität eingebüßt hat“³, heißt es gleich zu Anfang.

Interessanterweise findet sich schon in dem Programm nicht mehr die Formulierung, dass man mit dem „Stalinismus als System“ brechen würde, wie es Michael Schumann noch auf dem letzten Außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989 formuliert hatte. Das Programm endet mit der Formel vom

„demokratischen Sozialismus als Bestandteil des Menschheitsfortschritts“⁴, welchen man anstrebe. Dazwischen finden sich vor allem Überlegungen, was man von der DDR alles zu retten gedenke, darunter Antifaschismus, die Bodenreform sowie umfassende soziale Sicherungen. Ob die Autoren angesichts des umfassenden Repressions- und Überwachungsapparats das Ziel der Bewahrung „eines beachtlichen Niveaus der Kultur zwischenmenschlicher Beziehungen“⁵ ernst meinten, bleibt offen.

Die Hoffnungen auf eine wie auch immer geartete Restauration des Sozialismus in den Farben der DDR war angesichts der Umfragen im Frühjahr nicht völlig ohne Aussicht auf Erfolg. Machtstrategisch strebte die PDS vorsorglich ein „partnerschaftliches Verhältnis zur Sozialdemokratie“⁶ an, was letztere bestimmt besonders erfreut haben dürfte. Erst mit dem Sieg der Allianz für Deutschland bei der Volkskammerwahl im März 1990 musste die PDS sich neu orientieren.

Im ersten Programm zeigte sich die PDS nicht – wie später – als absolut antikapitalistische Partei. Sie sprach davon, dass der „Kapitalismus wirtschaftlich effizient“ sei und zudem die „Weltzivilisation bereichert“⁷ habe. Man würde daher für „eine Marktwirtschaft“⁸ eintreten, in der jeder sein „Lebensniveau sowie seine berufliche und soziale Position durch Leistung“⁹ selbst bestimmen könne. Zu solchen „liberalen“ Überlegungen ließ sich die Partei nie wieder hinreißen. Im Laufe der folgenden Jahre entwickelte sich der Antikapitalismus zum innerparteilichen Bindeglied zu Lasten einer konkreten Ausgestaltung der Utopie des Sozialismus, die bis heute in den Programmen erstaunlich vage daher kommt.

Bereits 1990 stellte sich die Partei in die „revolutionären und demokratischen Traditionen des deutschen Volkes“ und dem „Antifaschismus“¹⁰, auch wenn sie später andere Formulierungen wählte und die „Revolution“ eher verbrämt daher kam. Doch sind dies nur kosmetische Korrekturen. Am Ende bestand das Programm aus einer bunten Mischung linker Politikspengsel.

DIE PROGRAMME VON 1993 UND 2003

Von Anfang an war allen Beteiligten bewusst, dass das erste Parteiprogramm lediglich einen Übergangscharakter hatte. Bereits ein Jahr später gab es schon die ersten Überlegungen für ein neues Grundsatzzprogramm. Mit dem Einsetzen einer Grundsatzzkommission 1991 begann der Machtkampf über die politische Deutungshoheit. Im 1993¹¹ verabschiedeten Programm findet sich das zentrale Koordinatensystem der Partei. Alle Konflikte sowie alle konkurrierenden Antworten sind benannt. Daher dürfte dieses Programm das wichtigste Programm zum Verständnis der Partei darstellen.

André Brie¹² hat die beiden Kernlinien, entlang derer der Streit zwischen den Reformern und Orthodoxen verläuft, auf einen klaren Nenner gebracht: „Auf der einen Seite stehen die Vorstellungen, mit dem Ringen um neue gesellschaftliche Mehrheiten und die Institutionalisierung von demokratischen Gegenmächten die kapitalistische Gesellschaft schrittweise zu verändern mit dem Ziel, die Dominanz von Kapital, Kapitalverwertung, Profitstreben und Markt zu brechen und damit ihren kapitalistischen Charakter zu überwinden. Auf der anderen Seite wird davon ausgegangen, dass die kapitalistische Gesellschaft nicht in ihren Wesenszügen sozial, ökologisch und demokratisch veränderbar ist, sondern alles Reformpotenzial systemimmanent kanalisiert und damit die angestrebten Veränderungen zur Verlängerung kapitalistischer Herrschaft beitragen, die unter heutigen Bedingungen Menschheit, Menschsein und Umwelt mit dramatischem Tempo und Ausmaß zugrunde richtet. Widerstandskultur und Gegengesellschaft werden als Hauptweg angesehen, systemüberwindende Potenziale zu schaffen.“ Kurzum, es geht nur um die Frage, wie der Sozialismus schnellstmöglich wieder restauriert werden kann. Die Bundesrepublik in ihrem politischen wie ökonomischen System stellt lediglich das Überwindungsobjekt dar.

Dieser Dualismus prägt letztlich alle innerparteilichen Debatten bis heute. Die einen glauben, über Reformen innerhalb der parlamentarischen Demokratie diese so weit schwächen zu können, dass sie überwunden wird, die anderen hoffen auf den Aufbau von „Gegenmächten“, die durch ihren Widerstand eine (revolutionäre) Überwindung ermöglichen. Versuche, innerhalb des Systems den Sozialismus einzuführen, werden misstrauisch beäugt, da man befürchtet, die Genossen könnten korrumpiert werden und das „große Ziel“ aus den Augen verlieren. Der

Konsens aller mündet immer in der Abschaffung der Mehrheits-Demokratie.

Seit 1993 findet sich die klassische marxistische Gesellschaftsanalyse in allen Programmen wieder, aber auch sozialdemokratische Argumentationsmuster. Dies verdeutlicht, dass die Programme Kompromisse zwischen den Lagern sind, teilweise in kryptischer Parteisprache formuliert, die weniger der politischen Orientierung der Wähler als der Integration der gegensätzlichen Vorstellungswelten der Mitglieder dient.

Im Programm von 1993 werden die zentralen ideologischen Klammern der Partei definiert: Antifaschismus, Antikapitalismus und Antimilitarismus. Ziel ist es, die bürgerliche Demokratie (die letztlich mit dem Kapitalismus¹³ identisch ist) zu „überwinden“ und ein sozialistisches System zu installieren. Dabei hat sich die Partei im Programm für ein Nebeneinander unterschiedlicher strategischer Ansätze entschieden – sowohl Reform als auch Umsturz: „Die PDS will Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten aus allen gesellschaftlichen Schichten gewinnen, die den Willen haben, zu grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen beizutragen. In der PDS haben sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden.“¹⁴ Der Dualismus von Reform und Revolution spiegelt sich auch in einer anderen Formulierung wider, wo die Partei den „außerparlamentarischen Kampf“¹⁵ für entscheidend erklärt, aber auch gleichermaßen signalisiert, sie sei „bereit, politische Verantwortung für radikale gesellschaftliche und ökologische Veränderungen zu übernehmen“.¹⁶

Die Analyse des „Kapitalismus“ folgt dabei klassischen Mustern, nur dass auf die Annahme historischer Zwangsläufigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung verzichtet wird. Die „Herrschaft des Kapitals“¹⁷ müsse überwunden werden, sonst drohe der Menschheit nicht weniger als die „Strafe ihres Untergangs“¹⁸, heißt es apodiktisch. An allen Problemen (erwähnt werden Katastrophen, Krisen, Zerstörungen) der Menschheit sei zudem ausschließlich der „ausbeuterische“¹⁹ Kapitalismus aufgrund seiner „Produktions-, Verteilungs- und Konsumtionsweise“²⁰ verantwortlich. Dies wolle man „demokratisch überwinden“.²¹ Interessant ist, dass die PDS den Begriff „demokratisch“ geradezu inflationär benutzt. Vor allem die Wirtschaft sei „demokratisch zu steuern und zu kontrollieren“,

insbesondere sei eine „aktive Industrie-, Struktur-, Regional- und Beschäftigungspolitik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zugunsten sozial und ökologisch verträglicher Wirtschaftsziele“ zu betreiben.²² Zudem wolle man die „Dominanz des privatwirtschaftlichen Eigentums“²³ überwinden, man wisse nur noch nicht, ob die Verfügungsgewalt über Eigentum entzogen werden soll oder ob man die „Umwandlung in Gemeineigentum, insbesondere in gesamtgesellschaftliches Eigentum“²⁴ anstrebe. Eine „demokratische“ Steuerung und Lenkung der Wirtschaft sowie Enteignungen²⁵ setzen jedoch einen totalitären Staat voraus. Einer Demokratie ist dies verwehrt, da die Grund- und Menschenrechte jegliche freie Betätigung beinhalten und somit auch wirtschaftliche Freiheit, die durch eine – wie auch immer geartete Steuerung, Kontrolle, Lenkung – nicht angetastet werden kann. Dass eine Kollision mit garantierten Menschenrechten vorliegt, hat die Partei nie reflektiert.

Dass der im Programm formulierte Sozialismus, der als Ziel, Bewegung und Wertesystem definiert wird, Demokratie und Menschenrechte verletzt, hält die Partei wohl für weniger relevant. Die PDS überhöht Gleichheitsrechte und vernachlässigt Freiheitsrechte, da sie diese lediglich in Abhängigkeit und als Folge von der sozialen Lage interpretiert. In der Kritik am „realen Sozialismus“ wird deutlich, dass die Partei kollektive Rechte über individuelle stellt. Ein Beispiel hierzu: „Eine überzeugende alternative gesellschaftliche Produktions- und Lebensweise mit dem Ziel solidarischer Individualitätentfaltung und im Einklang mit der Natur wurde nicht geschaffen.“²⁶ Das Leitbild einer „solidarische(n) Individualitätentfaltung“ widerspricht dem demokratischen Grundgedanken des eigenständig und frei entscheidenden Menschen, dessen Handlungsfreiheit nur dort Schranken findet, wo sie die Handlungsfreiheit und Menschenwürde anderer beeinträchtigt. Ein Staat, der das Ziel einer „solidarischen Individualitätentfaltung“ verfolgt, ist ein totalitärer, da er nur die Betätigungsfelder zulässt, die diesem Ziel dienen. Dies setzt voraus, dass der Staat dem Handeln seiner Bürger nicht neutral gegenübersteht und ein Allgemeinwohl definiert, dem sich alle zu unterwerfen haben. Kein Wunder, dass die Partei „private Nischen in der Massengesellschaft“ ablehnt und sich für „Individualität und Gemeinschaftlichkeit“²⁷ ausspricht. Dies begründet sie damit, dass man hierdurch die „Befriedigung menschlicher Bedürfnisse“²⁸ erreichen würde. Der Gegensatz von „privat“ und „individuell“ macht nur Sinn, wenn man ein totalitäres Staatsverständnis voraussetzt und dem Einzelnen keine Wahlfreiheit einräumt.

Die Reminiszenzen an den untergegangenen Sozialismus sind reichhaltig und durch die Hintertür kehrt die DDR als politisches Leitbild zurück: „Unsere heutige Kritik am sozialistischen Versuch läuft weder auf Ablehnung oder auf Nichtachtung des persönlichen Einsatzes [...] hinaus.“²⁹ Die PDS räumt zwar ein, es habe „Fehler, Irrwege, Versäumnisse und selbst Verbrechen“³⁰ gegeben, an der grundsätzlichen „Berechtigung und Rechtmäßigkeit einer über den Kapitalismus hinausgehenden Entwicklung“³¹ gibt es keine Zweifel. Als Bewahrer des Erbes der DDR setzt sie sich dafür ein, in der DDR begangenes Unrecht zu erhalten. Besonders augenfällig wird dies im Bereich „Rückgabe vor Entschädigung“,³² wo sich die PDS sowohl gegen Rückgabe als auch gegen Entschädigung des von der DDR enteigneten Besitzes ausspricht, aber ebenfalls dafür plädiert, dass „Renten-, Eigentums- und Nutzungsansprüche aus der DDR“³³ gewährleistet sein müssten.

Auch das Festhalten an der Antifaschismus-Doktrin verdeutlicht, dass die Partei in alten sozialistischen Denkmustern verhaftet ist. Statt über Demokratie und Diktatur zu reflektieren oder die Frage zu stellen, warum der „Sozialismus“ nur als Diktatur etabliert werden konnte, hält sie daran fest, dass die „antifaschistisch-demokratischen Veränderungen im Osten Deutschlands und später das Bestreben, eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten“ in „berechtigtem Gegensatz zur Rettung des Kapitalismus in Westdeutschland standen, der durch die in der Menschheitsgeschichte unvergleichbaren Verbrechen des deutschen Faschismus geschwächt und diskreditiert war.“³⁴ Damit legitimiert der „Antifaschismus“ eine Diktatur, während andererseits „Kapitalismus und Faschismus“ eine Demokratie delegitimieren. Als Bekenntnis zur Demokratie ist dies nun schwerlich zu werten und verdeutlicht darüber hinaus, dass Vorsicht angebracht ist, wird der Begriff Demokratie verwendet. Gerade hier wird der Gedanke der Demokratie in sein Gegenteil verkehrt, da unter dem Banner des Antifaschismus nichts weiter getan wurde, als von Anfang an eine Diktatur aufzubauen. Generell zeigt sich bei der PDS, dass sie sich bei zentralen Begriffen einer Taktik der inhaltlichen Umwertung bedient. Dies ist eine Tradition der extremen Linken, wie sie z. B. die DKP praktiziert hatte und noch praktiziert. Das Prinzip ist einfach: Normen des demokratischen Staates bzw. des Grundgesetzes werden nicht entsprechend ihrem wirklichen Rechtsgehalt interpretiert. Rechtsprinzipien erhalten einen marxistisch-leninistischen Wert- und Bedeutungsinhalt, der nicht dem demokratisch-bürgerlichen entspricht. Die Benutzung von Begriffen, die in der

parlamentarischen Demokratie eine hohe positive Konnotation haben, soll beweisen, dass die Parteien „demokratisch“ sind und damit eine positive Beziehung zu Wählern herstellen. Die Umwertung verfolgt das Ziel der Unterminierung der Legitimität des Staates.

Nach der Verabschiedung des 1993er Programms kehrte keine Ruhe in der Partei ein. Schon kurz danach setzten die Reformer mit einer erneuten programmatischen Diskussion an, flankiert von dem damaligen Parteivorsitzenden Lothar Bisky. 2003 wurde dieser Prozess³⁵ mit der Annahme des nunmehr dritten Grundsatzprogramms beendet.

Mit Menschenwürde und Freiheit wurde erstmals zwei zentralen demokratischen Werten breiter Raum im 2003er PDS-Programm gewidmet. Reduziert man die Komplexität der Menschenrechte auf die Prinzipien des Grundgesetzes, so definiert die PDS dagegen deren zentralen Wesensgehalt konträr, unterzieht ihn einer subtilen Umdeutung im staatssozialistischen Sinne. Aus der Erfahrung der nationalsozialistischen Diktatur bestimmt das Grundgesetz die Menschenwürde als leitendes Prinzip und als Absage an die Degradierung des Menschen zum Objekt einer Gemeinschaftsideologie³⁶, also Objekt eines Staates. Die Menschenwürde wird von der PDS nicht als elementares Persönlichkeitsrecht aufgefasst, sondern indirekt abgeleitet: Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit, Armut, Hunger, Krieg, Fremdbestimmung und Gewalt bedrohen die Menschenwürde. Zweifellos können diese Begriffe die Würde des Menschen verletzen. Doch die Aufzählung ist weder systematisch noch vollständig, da das Persönlichkeitsrecht nicht nur durch die soziale Lage definiert wird, sondern gerade dadurch, dass der Einzelne bestimmt, was seine Würde ausmacht, und nicht eine Partei, Ideologie oder ein Staat. Dem zugrunde liegt das alte dogmatisch-absolutistische Freund-Feind-Schema: Die „neoliberale Politik“ und die „imperialistische Politik“ der USA bedrohen die Menschenwürde³⁷, der Sozialismus ist allein in der Lage, sie zu schützen. Damit wird der Nukleus der Menschenwürde zumindest unzulässig eingengt.

Auf der Basis dieser Neudefinition leitet die PDS die Legitimation für den Kampf und den Widerstand gegen die bürgerliche Demokratie ab. 1993 schrieb die PDS: „In der PDS haben sowohl die Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv

zu verändern und schrittweise zu überwinden.“³⁸ Dies hat sie nicht nur 2003 beibehalten, sondern auch noch erweitert.³⁹ 2003 hat sie den Widerstandsbegriff im marxistischen Sinne neu formuliert und den Widerspruch zwischen Revolution und Reform eindeutig zugunsten des Kampfes gegen die herrschenden Verhältnisse verstärkt. „Nicht aus dem Frieden mit den Herrschenden, sondern aus Gegenwehr der Unterdrückten und Benachteiligten und aller, die sich solidarisch für sie engagieren, entsteht eine menschlichere Gesellschaft. Die Mittel für diese Auseinandersetzung müssen den Zielen von Gewaltfreiheit und Demokratie entsprechen, da sie sonst zum Ausgangspunkt neuer Herrschaft von Unterdrückung werden. Allerdings gibt es ein legitimes Recht auf Widerstand da, wo Personen, Gruppen und Staaten die Würde des Menschen missachten und ihrerseits Gewalt anwenden.“⁴⁰ Und hier zeigt sich, dass die Definition der Menschenwürde im PDS-Programm nicht zufällig ist. Wenn Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit, Armut, Hunger, Krieg, Fremdbestimmung und Gewalt die Menschenwürde (was auch immer diese Begriffe konkret bedeuten mögen) bedrohen, ist der Staat, der dies zulässt, im Unrecht und durch einen anderen zu ersetzen. Soziale Unsicherheit oder Fremdbestimmung (um nur zwei Beispiele zu nennen) können in realen Staatsformen nicht abgeschafft werden, sondern nur in einem Staat, der die Deutungshoheit besitzt – und dies kann nur ein totalitärer sein.

Neu im Programm ist auch die Bezugnahme auf Freiheit. 1993 hatte der Freiheitsbegriff noch keinen eigenen Stellenwert. Ebenso wie bei der Menschenwürde definiert die PDS Freiheit konträr zum eigentlichen Wesensgehalt. Dem allgemeinen Freiheitsbegriff liegt das Verständnis der freien Entfaltung der Persönlichkeit zugrunde, wodurch die Individualität ein höherrangiges Gut vor dem Kollektivismus ist. Die PDS vermeidet es zwar offen auszusprechen, dass der Kollektivismus vor dem Individualitätsprinzip steht, indirekt formuliert sie allerdings dieses Postulat. Freiheit ist weniger ein Individualrecht – das Recht der freien Entfaltung der Persönlichkeit – sondern ein Kollektivrecht: „Gerechtigkeit verlangt, dass Freiheiten, die soziale Gruppen für sich in Anspruch nehmen, zu Freiheiten aller anderen werden können. Freiheit ist nicht als egoistisches Haben, sondern als solidarisches Tun zu erreichen.“⁴¹ Individuelle Freiheit wird negativ mit dem Begriff „Egoismus“ assoziiert und positiv mit „kollektivem Handeln“ besetzt. Statt der Trennung individueller Handlungsfreiheit von kollektiven Freiheitsrechten, wie Wahl- und Versammlungsfreiheit oder Koalitionsfreiheit, führt die PDS diese Rechte zusammen.

Aber auch ein weiterer Teil, der zum unveräußerlichen Kern der Freiheitsrechte gehört, nämlich die Freiheit der wirtschaftlichen Tätigkeit, wird ausgeklammert. Damit wird individuelle Freiheit konterkariert. In anderen Worten bedeutet Freiheit nach Auffassung der PDS nicht, dass damit der Bereich der freien Willensbildung und -betätigung garantiert wird oder Abwehrrechte gegen den Staat gewährleistet werden. Freiheitsrechte sind keine Abwehrrechte, die dem Menschen einen Raum freier und eigener Lebensgestaltung gewähren und sie vor staatlichen Eingriffen und Einengungen schützen. Dieses Verständnis von Freiheit widerspricht dem demokratischen Verständnis von Freiheit fundamental. Der im allgemeinen Sprachgebrauch positiv besetzte Freiheitsbegriff wird somit spitzfindig und perfide entgegen seinem rechtlichen Wesensgehalt umdefiniert.

Freiheit im Sinne der PDS folgt nicht dem Grundgedanken der Selbstentfaltung und somit der Freiheit vor einem „ideologischen Persönlichkeitsmodell“.⁴² Auch beinhaltet das PDS-Verständnis von Freiheit nicht die allgemeine Handlungsfreiheit.⁴³ Die PDS definiert Freiheit als Verfügung über Güter (sogenannte Freiheitsgüter). Ein auf den ersten Blick seltsames Sammelsurium bilden diese Freiheitsgüter: saubere Luft, sauberes Wasser, Arbeit, Verteilungsgerechtigkeit, Bildung, Kultur, Freizeit, Erholungsmöglichkeiten, soziale Sicherheit, Gesundheit und die Überwindung absoluter Armut. „Die Verfügung über diese Güter entscheidet, ob Menschen frei oder unfrei sind.“⁴⁴ Derjenige, der die Freiheitsgüter zur Verfügung stellt, der Staat, eine Partei oder sonstige letzte Instanzen, entscheidet, was Freiheit ist. So ist es keinesfalls eine Entscheidung des Einzelnen, zu arbeiten oder nicht zu arbeiten, sondern ein Anspruch, den der Staat gegenüber dem Einzelnen hat. Wenn Freiheit Verteilungsgerechtigkeit ist, dann bedeutet das nur, dass Enteignungen zu Freiheit führen. Ein Staat, der solche „Freiheitsgüter“ gewährleisten soll, muss unbegrenzte Eingriffsmöglichkeiten haben.

Trotz nebulöser Formulierungen bleibt die Partei ihrem antikapitalistischen Grundkonsens treu. Auf den ersten Blick formuliert die PDS widersprüchliche Prinzipien. Doch bei genauem Hinsehen lösen sich die gegensätzlichen Aussagen auf. Immer, wenn sie z. B. wirtschaftliche Freiheitsrechte gewährt und Gewinnstreben zulässt, tut sie das nur unter Vorbehalt. Jede marktwirtschaftlich positiv zu interpretierende Aussage ist in einen „Gesetzesvorbehalt“ eingerahmt, der das gewährte Recht in das Gegenteil verkehrt.

Das Muster wiederholt sich mehrfach: Die PDS bekennt sich im ersten Satz zu marktwirtschaftlichen Prinzipien: „Unternehmerisches Handeln und Gewinninteressen sind wichtige Voraussetzungen für Innovation und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.“⁴⁵ Im zweiten Satz schränkt sie die soeben gewährten Wirtschaftsprinzipien wieder so stark ein, dass in der Realität nichts übrig bliebe: „Doch solange sie auf die betriebswirtschaftliche Logik des einzelnen Unternehmens beschränkt bleiben und dem Profitstreben des Einzelkapitals unterworfen sind, verwandeln sie sich in ihr Gegenteil. Sozial-ökologisches Wirtschaften setzt gesellschaftliche Kontrolle und demokratische Mitbestimmung voraus. Ohne Mitbestimmung, gewerkschaftliche Gegenmacht und sozialstaatliche Regulierung führen private Unternehmerinteressen zu volkswirtschaftlich verlustreichen, zu sozialen und umweltzerstörenden Fehlentwicklungen.“⁴⁶ Damit wird – wenn auch nicht mehr in der alten Diktion – ein orthodoxer sozialistischer Staat definiert: In der Realität der sozialistischen Volkswirtschaften gab es genau diese kontraproduktive Vermengung von schwacher privatwirtschaftlicher Betätigung mit dem Vorbehalt des unkalkulierbaren Eingreifens und Reglementierens des Staates. Damit hat die PDS keineswegs ihren Frieden mit der Sozialen Marktwirtschaft geschlossen. Vielmehr verwendet sie nur eine andere Diktion und ein anderes Vokabular, hinter dem sich die alten sozialistischen Wirtschaftsgrundsätze verbergen.

Die PDS bekennt sich 2003 nach wie vor zum Wesensgehalt der sozialistischen/kommunistischen Ideologie. Christa Luft verdeutlicht, dass die PDS „in einem auf nicht absehbare Zeit kapitalistischen Umfeld“ agiere, und das Programm etwa für die nächsten zehn Jahre geschrieben sei. „Wir wissen, dass es, um mit Marx zu sprechen, in dieser Frist nicht zu einer grundlegenden Umwälzung der Eigentums- und Machtverhältnisse kommen wird.“⁴⁷

In den Programmen 1993 und 2003 ist die Sozialismusdefinition identisch. Sie stand auch in allen Entwürfen. Dies ist die unveräußerliche Kernideologie der PDS, die sich am Frühmarxismus orientiert. Sie schreibt: „Sozialismus ist für uns ein notwendiges Ziel – eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist.“⁴⁸ Kenner des Kommunistischen Manifests wissen, dass die freie Entwicklung aller erst nach der Revolution möglich ist. „Wenn das Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse vereint, durch eine Revolution sich zur herr-

schenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassengegensatzes, die Klassen überhaupt, um damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf. An die Stelle der bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“⁴⁹ Ein Schelm, wer denkt, die Wortwahl des Programms sei zufällig. Die PDS hat mit diesem Trick schon 1993 ihren Mitgliedern signalisiert, dass sie immer noch den gewaltsamen Umsturz der bürgerlichen Demokratie für den richtigen Weg hält, konnte aber andererseits gegenüber den bürgerlichen Kritikern behaupten, dass sie doch gar keiner Revolutionsromantik und Umsturzideen nachhänge.

Hier hat die PDS Vorstellungen übernommen, die man auch bei der Kommunistischen Plattform (KPF) findet. Die KPF hat die Legitimation eines gewaltsamen Umbruchs damit gerechtfertigt, dass Gewalt als notwendige Gegengewalt bezeichnet wurde. „Wir lehnen Terror als Mittel des politischen Kampfes ab und streben Gewaltfreiheit an. Wir übersehen aber nicht, dass die Bourgeoisie noch nie Scheu vor Verfassungsbruch, Terror oder Intervention gezeigt hat, wenn ihr das zur Aufrechterhaltung der bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse erforderlich und nötig schien.“⁵⁰ An einer anderen Stelle heißt es, dass „der Übergang zu einer neuen Zivilisationsstufe, die revolutionäre Transformation der alten, der Klassengesellschaft, in eine neue, klassenlose Gesellschaft [...] ein langwieriger [...], mehrere Phasen umfassender historischer Prozess des erbitterten Klassenkampfes sein“ wird.⁵¹ Die KPF geht davon aus, dass der „bürgerliche Staat nur revolutionär-demokratisch zu überwinden“ sei. Mit dieser Argumentationsweise will sich die KPF als die Kraft profilieren, die „alle Versuche des Verfassungsbruchs oder der Gewaltanwendung durch die Bourgeoisie“⁵² vereiteln würde. Die KPF formuliert als politisches Ziel eine mit Gewalt durchzusetzende Veränderung der Gesellschaft. Die Schlussfolgerung, dass die Grundprinzipien demokratischer, gesellschaftlicher Konsensbildung abgelehnt werden, drängt sich angesichts solcher Äußerungen auf.

An vielen anderen Stellen bedient sich die PDS einer aggressiven Terminologie: „Wir geben uns dieses Programm in der Tradition der Kämpfe gegen kapitalistische Ausbeutung, ökologische Zerstörung, politische Unterdrückung und verbrecherische Kriege.“⁵³ Weiter heißt es: „Uns

verbindet der Widerstand gegen politische Entmündigung, soziale Demontage und Missachtung menschlicher Würde.“⁵⁴ Oder: „Wir [...] wollen am Widerstand gegen diese Politik teilnehmen [...]“⁵⁵

Daher entscheidet sich die PDS nicht für den Parlamentarismus. Je nach politischer Opportunität bedient sie sich einer Doppelstrategie, die parlamentarische Agieren zulässt, alle anderen Formen des Handelns gleichermaßen legitimiert, die ihrem Ziel, der Überwindung des „Kapitalismus“, dienen. Die PDS wird prüfen, „ob die gewählten Mittel unserem wichtigsten Ziel entsprechen, einen Richtungswechsel der Politik herbeizuführen, der die sozialen und demokratischen Interessen der Mehrheit der Bevölkerung in den Mittelpunkt stellt“.⁵⁶ Der Bezug auf eine Mehrheit in der Bevölkerung bei einem realen Wähleranteil von zu diesem Zeitpunkt ca. fünf Prozent, ist nicht etwa mit einer Popularisierung der Politik zu verwechseln. Vielmehr deutet er darauf hin, dass die PDS von „eigentlichen“ Interessen einer Mehrheit ausgeht, die sich nicht in Wahlergebnissen niederschlagen.

Die strikt antikapitalistische Grundausrichtung bleibt der Markenkern der PDS. „Wir kämpfen für die Überwindung des Kapitalismus, weil wir in einer Gesellschaft von Freiheit, Gleichheit und Solidarität leben wollen“⁵⁷; so lautet der Schlusssatz des Programms. „Wir wollen, dass diese gesellschaftlichen Strukturen zurückgedrängt und schließlich überwunden werden, damit die Menschheit einen Ausweg aus dieser zerstörerischen Entwicklung findet. In diesem Sinne sind wir konsequent antikapitalistisch“⁵⁸ An anderen Stellen macht die PDS deutlich, dass es ihr immer um die Alternative zum „kapitalistischen Eigentum“⁵⁹ gehe, oder die „Vorherrschaft der Kapitalverwertungsinteressen“⁶⁰ abgeschwächt werden müsse.

Nach der Auffassung der PDS ist die repräsentative parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik nicht demokratisch, da sie kapitalistisch ist. Dies entspricht der klassischen kommunistischen Definition von Kapitalismus. Im Unterschied zum allgemeinen Sprachgebrauch ist Kapitalismus nicht eine „etwas unfreundlichere“ Variante der Sozialen Marktwirtschaft. Kapitalismus ist der kommunistische Sammelbegriff für die bürgerliche parlamentarische Demokratie. Es gibt zwei Entwicklungsmöglichkeiten des Kapitalismus (der bürgerlichen Demokratie). Zum einen kann der Kapitalismus zur Vorstufe des Faschismus werden, der aus der Krise des Kapitalismus heraus entsteht und mit den Mitteln

der Diktatur arbeitet. Aus dem Kapitalismus entwickelt sich zum anderen der Imperialismus, dessen Ziel es ebenfalls ist, offen diktatorische Herrschaftsformen zu entwickeln. Kapitalismus ist also nach sozialistischem Verständnis die Vorstufe zu zwei diktatorischen Alternativen, die beide der Wahl zwischen Scylla und Charybdis entsprechen. Der einzige heilsversprechende Weg liegt in der Errichtung des Sozialismus, der durch die Veränderung der Eigentumsformen und dem Austausch der Eliten die wirkliche Demokratie erst ermöglicht. Die hinter dem neuen Programm stehende Logik ist somit die alte. Parallelen zur Geschichte der SED in den ersten Nachkriegsjahren sind unübersehbar.

Die PDS fasst die „westlich-bürgerlichen“ Demokratien und somit auch die Bundesrepublik unter den Begriffen „neoliberaler Kapitalismus“, „kapitalistische Welt“ oder nur „Kapitalismus“⁶¹ zusammen. Lediglich der USA wird auch noch das Attribut „imperialistisch“ beigefügt.⁶² War die PDS 2001 immerhin noch bereit, dem Kapitalismus „zivilisatorische Errungenschaften“⁶³ zuzusprechen, dient der „neoliberale Kapitalismus“ nur noch als Negativbeispiel. In altbekannter kommunistischer Diktion stellt der Kapitalismus das Übel der Menschheit dar. Alten kommunistischen Verschwörungstheorien anhängend, wird zwar ein neuer „Typ der Kapitalakkumulation“ gesehen, den aber – wie immer – „das Finanzkapital unter Führung der USA dominierte“.⁶⁴ An anderer Stelle äußert die PDS die Ansicht, dass „in einer großen Koalition mit den konservativen Parteien und den führenden Kapitalkräften Deutschlands neoliberale Strukturänderungen vorangetrieben“⁶⁵ worden seien. Das Finanzkapital (was auch immer das ist) hat in kommunistischen Parteien die gleiche Funktion wie etwa das „Judentum“ in rechtsextremen Ideologien: Es ist eine geheime und anonyme, hinter den Entscheidern/Politikern stehende Macht.

Zu den unveräußerlichen Inhalten der PDS gehört die These, dass es sich bei der Gründung der DDR um eine „legitime“, weil „antifaschistische“ Alternative handelte. Diesen Baustein hat die PDS von 1993 an über alle Programmwürfe beibehalten. Dass von Beginn an in der DDR eine stalinistische politische Diktatur etabliert wurde, wird prinzipiell negiert. Die PDS betont, dass der Aufbau der „besseren“ Gesellschaftsordnung und des „friedliebenden“ Deutschlands keiner „Entschuldigung“⁶⁶ bedarf. Konkret schreibt sie: „Nach 1945 bemühten sich Millionen Menschen in Ost und West, das faschistische Erbe zu überwinden. Sie setzten sich für ein friedliebendes Deutschland und den Aufbau einer besseren Gesell-

schaftsordnung ein. Dieser Wille bedarf auch für den Osten keiner Entschuldigung.⁶⁷ Neu ist, dass sie dieses Paradigma in west- und ostdeutscher Perspektive formuliert. Klassisch kommunistisch ist die Begründung: „Die antifaschistisch-demokratischen Veränderungen im Osten Deutschlands und das spätere Bestreben, eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten, standen in berechtigtem Gegensatz zur Weiterführung des Kapitalismus in Westdeutschland, der durch die in der Menschheitsgeschichte unvergleichlichen Verbrechen des deutschen Faschismus geschwächt und diskreditiert war.“⁶⁸ Zunächst wird daran deutlich, dass die PDS nach wie vor nicht die Polarität von Demokratie und Diktatur, sondern die von Kapitalismus und Sozialismus zu ihrem Thema macht. Eine Auseinandersetzung mit dem „verordneten Antifaschismus“ lässt sie nicht zu.⁶⁹

Dem Antifaschismus kommt die gleiche Funktion wie in der SED-Diktatur zu. Er diente bei der SED innenpolitisch zur moralischen Basis für den alleinigen Herrschaftsanspruch. Solche Verzerrungen und Deformierungen des Geschichtsbilds waren bis 1990 typisch für die Selbstmythisierung der DDR, da die SED-Diktatur versuchte, aus der Geschichte ihre fehlende demokratische Legitimität herzuleiten. Der Aufbau der DDR-Diktatur wird mit dem Aufbau der Demokratie in der Bundesrepublik verglichen. Und hier zieht sie die Kontinuitätslinie vom Nationalsozialismus zur Bundesrepublik, indem sie sagt, dass der Kapitalismus durch den „Faschismus geschwächt und diskreditiert“ gewesen sei und in der Bundesrepublik die „Rettung des Kapitalismus“ betrieben worden sei.

Der Versuch der Reformer das Wörtchen „totalitär“ im Programm unterzubringen, ist – wie auch 1993 – gescheitert. Sofort weckte dies bei den Orthodoxen das Misstrauen, dass mit der Totalitarismuskonzeption die DDR insgesamt negativ bewertet würde und nicht mehr die antifaschistische Geschichtslegende kolportiert werden könne.

Am stärksten unterscheidet sich das 2003er Programm von seinem Vorläufer in der Bewertung der Sowjetunion. Entfallen ist eine der alten sozialistischen Geschichtslegenden. 1993 fand sich noch der Text, dass die Oktoberrevolution der „legitime Versuch einer Antwort auf das zivilisatorische Versagen des Kapitalismus“⁷⁰ war.

Neu ist, dass die sowjetische Politik nicht mehr entschuldigt wird, etwa weil der Sozialismus von der „Feindschaft und der Konfrontation einer kapitalistischen Umwelt bedroht“⁷¹ gewesen sei. Zum ersten Mal räumt die PDS – wenn auch mit Verweis auf die Schuld der Sowjetunion – ein, dass in der DDR von Anfang an eine Diktatur aufgebaut wurde: Die DDR war „von Anfang an auf das in der Sowjetunion entstandene Sozialismusteilmodell und auf Linientreue zur Politik der Sowjetunion fixiert“.⁷² Da der Sowjetunion der Schwarze Peter zugeschoben wird, fällt jetzt erstmals die Kritik an der SED recht deutlich aus: „Sie (die SED) war weder fähig noch bereit, Sozialismus mit Demokratie und Freiheit zu verknüpfen. Ihren Weg kennzeichneten daher auch schmerzliche Fehler, zivilisatorische Versäumnisse und Verbrechen. Es bleibt für uns eine bittere Erkenntnis, dass nicht wenige Mitglieder der SED Strukturen der Unterdrückung mitgetragen und Verfolgung Andersdenkender zugelassen oder sogar unterstützt haben.“⁷³ Wenn auch an anderer Stelle die Errungenschaften der DDR⁷⁴ gegenüber der Bundesrepublik betont werden, markiert die Kritik an der Sowjetunion für die PDS 2003 eine äußerst deutliche Distanzierung.

- 1| *Der Parteiparteitag fand vom 24.-25. Februar 1990 statt und verabschiedete das Wahlprogramm für die Volkskammerwahl, das Grundsatzprogramm und das Statut der Partei.*
- 2| *Wahlparteitag, PDS – progressiv, produktiv, pro DDR, Berlin 1990, S. 88.*
- 3| *Wahlparteitag, PDS – progressiv, produktiv, pro DDR, Berlin 1990, S. 88.*
- 4| *Wahlparteitag, PDS – progressiv, produktiv, pro DDR, Berlin 1990, S. 108.*
- 5| *Wahlparteitag, PDS – progressiv, produktiv, pro DDR, Berlin 1990, S. 89.*
- 6| *Wahlparteitag, PDS – progressiv, produktiv, pro DDR, Berlin 1990, S. 91.*
- 7| *Wahlparteitag, PDS – progressiv, produktiv, pro DDR, Berlin 1990, S. 88.*
- 8| *Wahlparteitag, PDS – progressiv, produktiv, pro DDR, Berlin 1990, S. 92 ff. Das Kapitel hat die Überschrift „Wege des Fortschritts in unserer Gesellschaft. Marktwirtschaft und soziale Ideale“.*
- 9| *Wahlparteitag, PDS – progressiv, produktiv, pro DDR, Berlin 1990, S. 93.*
- 10| *Wahlparteitag, PDS – progressiv, produktiv, pro DDR, Berlin 1990, S. 90.*
- 11| *Beschlossen von der 1. Tagung des 3. Parteitages der PDS, 29.-31. Januar 1993 in Berlin.*
- 12| *Zitiert nach Sebastian Prinz, 2010, Die programmatische Entwicklung der PDS. Kontinuität und Wandel der Politik einer sozialistischen Partei, Wiesbaden, S. 77 f.*
- 13| *Kapitalismus ist die Chiffre der kommunistischen Bewegung für bürgerliche, parlamentarische Demokratie.*
- 14| *1993, Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, o. O., o. Jahr, S. 34.*
- 15| *1993, Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, o. O., o. Jahr, S. 34.*

- 16| 1993, *Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus*, o. O., o. Jahr, S. 34.
- 17| 1993, *Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus*, o. O., o. Jahr, S. 3.
- 18| 1993, *Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus*, o. O., o. Jahr, S. 3.
- 19| 1993, *Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus*, o. O., o. Jahr, S. 5.
- 20| 1993, *Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus*, o. O., o. Jahr, S. 6.
- 21| 1993, *Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus*, o. O., o. Jahr, S. 6.
- 22| 1993, *Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus*, o. O., o. Jahr, S. 22.
- 23| 1993, *Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus*, o. O., o. Jahr, S. 12.
- 24| 1993, *Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus*, o. O., o. Jahr, S. 12.
- 25| *Enteignungen sind natürlich in Demokratien möglich, aber nur mit angemessener Entschädigung, was die PDS großzügig ignoriert.*
- 26| 1993, *Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus*, o. O., o. Jahr, S. 10.
- 27| 1993, *Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus*, o. O., o. Jahr, S. 11.
- 28| 1993, *Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus*, o. O., o. Jahr, S. 11.
- 29| 1993, *Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus*, o. O., o. Jahr, S. 11.
- 30| 1993, *Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus*, o. O., o. Jahr, S. 9.
- 31| 1993, *Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus*, o. O., o. Jahr, S. 11.
- 32| 1993, *Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus*, o. O., o. Jahr, S. 17.
- 33| 1993, *Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus*, o. O., o. Jahr, S. 16.
- 34| 1993, *Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus*, o. O., o. Jahr, S. 8.
- 35| Vgl. zur innerparteilichen Debatte: Sebastian Prinz, 2010, *Die programmatische Entwicklung der PDS. Kontinuität und Wandel der Politik einer sozialistischen Partei*, Wiesbaden, S. 91 ff.
- 36| Vgl. Ingo v. Münch (Hrsg.), 1981, *Grundgesetzkommentar*, München, 2. Aufl., Bd. 1, S. 66.
- 37| Diese Begrifflichkeit zieht sich kontinuierlich durch das Programm. Vgl. 2003, *Programm*, S. 1, S. 6.
- 38| *Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus*, 1993, o. O., S. 34.
- 39| 2003, *Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus*, o. O., o. Jahr, Beschluss auf der 2. Tagung des 8. Parteitages der PDS 25.-26. Oktober 2003 in Chemnitz S. 38, fortan zitiert als 2003, *Programm*.
- 40| 2003, *Programm*, S. 4 f.
- 41| 2003, *Programm*, S. 3.
- 42| Vgl. Ingo v. Münch (Hrsg.), 1981, *Grundgesetzkommentar*, München, 2. Aufl., Bd. 1, S. 110.

- 43| *Freiheit jeglichen Handelns, solange die Rechte Anderer und die verfassungsmäßige Ordnung nicht verletzt werden.*
- 44| 2003, *Programm*, S. 3.
- 45| 2003, *Programm*, S. 3.
- 46| 2003, *Programm*, S. 3/4.
- 47| Rede von Christa Luft auf dem PDS-Parteitag, 25.-26. Oktober, Chemnitz: <http://www.pds-online.de/partei/strukturen/parteitag/0802/debatte/luft.htm> vom 31.10.2003.
- 48| 2003, *Programm*, S. 2.
- 49| MEW, Bd. 4, S. 482.
- 50| PDS, 1991c, *Thesen zum Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus*, vorgelegt von der Kommunistischen Plattform, S. 104.
- 51| *Verfassungsschutzbericht 1993, 1994*, S. 55.
- 52| Patrick Moreau, Jürgen Lang, 1994, *Was will die PDS*, Frankfurt a.M./Berlin, S. 102.
- 53| 2003, *Programm*, S. 1.
- 54| 2003, *Programm*, S. 2.
- 55| 2003, *Programm*, S. 1.
- 56| 2003, *Programm*, S. 5.
- 57| 2003, *Programm*, S. 39.
- 58| 2003, *Programm*, S. 2.
- 59| 2003, *Programm*, S. 5.
- 60| 2003, *Programm*, S. 6.
- 61| 2003, *Programm*, S. 6 ff., S. 1.
- 62| 2003, *Programm*, S. 1, S. 10: „imperiale Hegemonie“.
- 63| *Programmmentwurf 2001*, S. 3.
- 64| 2003, *Programm*, S. 7.
- 65| 2003, *Programm*, S. 12.
- 66| 2003, *Programm*, S. 35.
- 67| 2003, *Programm*, S. 35 f.
- 68| 2003, *Programm*, S. 36.
- 69| *Indirekt orientiert sie sich immer noch an der 1935 von Dimitroff entwickelten Formel.*
- 70| *Programmmentwurf 2001*, S. 22.
- 71| *Programmmentwurf 2001*, S. 23.
- 72| 2003, *Programm*, S. 36.
- 73| 2003, *Programm*, S. 36.
- 74| 2003, *Programm*, S. 13. Hierzu zählt die PDS: *Vollbeschäftigung, Integration von Produktion, sozialen und kulturellen Aufgaben in Betrieben, genossenschaftlich betriebene Landwirtschaft, integrierte Gesundheitsdienste, positive Ergebnisse des einheitlichen Bildungssystems, Eigenständigkeit des akademischen Mittelbaus an den Hochschulen, Multidisziplinarität an Universitäten, breite Förderung kultureller und sportlicher Einrichtungen, von Kinderbetreuungsstätten und Jugendclubs.*

DIE FUSION VON WASG UND PDS 2007

2005 einigten sich WASG¹ und PDS auf eine gemeinsame Linie, die in eine Vereinigung der beiden Parteien 2007 münden sollte. Aus dieser Entwicklung heraus musste sich die neue Partei – Die Linke – ein neues Programm geben. Der Programmparteitag fand vom 24.-25. März in Dortmund statt, die Vereinigung der beiden Parteien am 16. Juni in Berlin. Schon der Name „Programmatische Eckpunkte“ verdeutlicht, dass es sich weniger um ein endgültiges Programm, sondern um ein Dokument des Übergangs handelt. So schließt das Programm mit einem elf Punkte umfassenden Fragenkatalog, der an die künftige Programmkommission überwiesen wurde. Die Partei selbst sieht darin das „Maß an Gemeinsamkeit“², das man sich erarbeitet habe.

Allein dies verdeutlicht, dass die Spannungslinien in der Partei durch die Fusion nicht geringer geworden sind. Zu den bereits vorhandenen Konfliktlinien sind neue hinzugekommen und alte haben sich verschärft. Denn nicht nur Sozialdemokraten und Gewerkschafter haben durch die WASG ihren Weg zur Linken gefunden. Es sind auch eine Reihe von eher versprengten West-Linken dazugestoßen, die ideologisch radikale Positionen einnehmen, die wiederum im starken Kontrast zu den überwiegend ostdeutschen regierungsorientierten Pragmatikern stehen. Jürgen Lang sieht seit der Fusion sogar einen Anstieg der „orthodoxen“ Strömungen in der Partei: „Schon die ‚Eckpunkte‘ geben sich

fundamentalistischer als das Chemnitzer Programm der PDS.“³ Gleichmaßen ist die Erklärung auch fragmentierter und heterogener. Die WASG war noch regierungskritischer als die PDS, konnte hingegen nur wenig Begeisterung für eine DDR-Apologik entfalten. Man sollte dem Programm als Dokument des Übergangs jedoch nicht allzu viel Bedeutung zuschreiben.

Die Bezeichnungen für die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung variieren: Es gibt einen sozialstaatlich regulierten Kapitalismus⁴ (eine frühere Variante), den entfesselten Kapitalismus⁵, den Neoliberalismus⁶, globalen Kapitalismus und den neoliberalen Kapitalismus⁷ und die marktradikale⁸ Politik. Wie dem auch sei, die Überwindung aller Varianten bleibt das Ziel. Dabei hat sich die Partei eines Tricks bedient: Im Programm selbst spricht sie von einem „transformatorischen Prozess“⁹, endet aber in einem leicht abgewandelten Marx-Zitat, in welchem der Revolution gehuldigt wird. Gleichmaßen bleibt der ursprüngliche Dualismus bestehen, der sowohl eine sozialistische Verfügungsgewalt über Eigentum als auch die Erweiterung „öffentlichen Eigentums“¹⁰ vorsieht. Erhalten blieb der „demokratische Sozialismus“ als Ziel, Weg und Wertesystem.

Der neuen Linken schwebt die Bündnispolitik nach kommunistischer Tradition vor. Dem Neoliberalismus soll (unter Führung der Linkspartei) durch ein „breites Bündnis“ und durch eine „politische Sammlungsbewegung“¹¹ der Garaus gemacht werden. Wesentlich ist das Schüren „gesellschaftlichen Protests“¹². Eine bedeutsame Rolle sollen die „gewerkschaftlichen Gegenmächte“¹³ spielen, denen die Partei ein neues Kampfmittel, den politischen Streik, zubilligt. So gibt es die Forderung: Das „Recht auf den politischen Streik, einschließlich des Generalstreiks, muss ausgeübt werden.“¹⁴ An der Tatsache, dass sich die deutschen Gewerkschaften (mit Ausnahme des FDGB in der DDR) noch nie als politische Kampftruppen verstanden haben, wird dieses Wunschdenken auch nichts ändern. Es macht nur deutlich, dass die PDS ihre neue vermeintliche Gewerkschaftsmacht nicht für die Beschäftigten einsetzen möchte, sondern diese gerne als Kampfinstrument gegen den Staat einsetzen würde. Nicht zufällig hat Oskar Lafontaine in einem Interview davon gesprochen, dass der politische Streik in der Tradition Rosa Luxemburgs stünde.

Ebenfalls radikaler fallen die Aussagen über Eigentum aus. Hier war die PDS in ihrem Programm von 2003 etwas liberaler. Zumindest sprach sie von einer gewissen Pluralität des Eigentums, das auch Privateigentum

beinhaltete. Jetzt schreibt die PDS: „Die Demokratisierung der Wirtschaft erfordert, die Verfügungsgewalt über alle Formen des Eigentums sozialen Maßstäben unterzuordnen.“¹⁵ Notwendig sei die „Überwindung aller Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse“, in denen der Mensch „ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen“ (Karl Marx) sei. Nach dieser recht interpretationsoffenen Formulierung kann man getrost davon ausgehen, dass das Ende der bürgerlichen Demokratie ausgemachte Sache ist. Daher gilt auch das „Primat“ der „Politik“ über die Wirtschaft.¹⁶ Im Zentrum der Enteignungsphantasien stehen „Großunternehmen“, deren „profitbestimmte private Verfügung“ durch „breite demokratische Allianzen, Mitbestimmung und sozialstaatliche Regulierung zurückgedrängt und überwunden“¹⁷ werden soll. Etwas zweideutig ist die Formulierung, dass die Linke im „Vorhandensein unterschiedlicher Eigentumsformen eine Grundlage für eine effiziente und demokratische Wirtschaft“¹⁸ sieht. Denn dem vorausgeschickt ist die „Überführung“ von Eigentum zum Wohle der Allgemeinheit. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass die PDS in kleinen Unternehmen Bündnispartner sieht.

Die neue Linke will wie die alte Linke „die kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse“¹⁹ überwinden. Sie kämpft gegen den „repressiven Wettbewerbsstaat“ sowie die „Unterwerfung aller Lebensbereiche unter die Kapitalverwertung“²⁰. Gleichzeitig sagt sie, dass gewinnorientiertes „unternehmerisches Handeln“ wichtig für „Innovation und betriebswirtschaftliche Leistungsfähigkeit“ seien.²¹ Dieser vermeintliche Widerspruch löst sich auf, da auch Teile der PDS zu der Ansicht gekommen sind, dass, wer verteilen will, auch etwas erwirtschaften muss. Allerdings gilt dieses Zugeständnis nicht für Großunternehmen.

Einer der inhaltlichen Konflikte, der sowohl in der Fundamentalopposition der Linkspartei.PDS als auch in der WASG sichtbar ist, ist die Frage nach der Regierungsbeteiligung. Während sich die PDS nach jahrelangen Diskussionen auf ein „gleichschenkliges“ Dreieck geeinigt hat, bei dem Regieren als legitime Handlungsoption akzeptiert wurde, schwebt der WASG und Teilen der PDS ein „imperatives Regierungsmandat“ vor. Dies entspricht auch Lafontaines Vorstellungen, der massiv gegen die Berliner Koalition von SPD und PDS und deren Pläne zur Privatisierung der Sparkassen agiert. Diese Haltung widerspricht einem großen Teil der ostdeutschen Mandatsträger. Diese wollen keine „ideologische Symbolpolitik“, sondern „linke Realpolitik“²². Ginge es nach der WASG, würde der PDS

jegliche Möglichkeit genommen, Privatisierungen zuzustimmen. Letztlich wäre die Linkspartei nicht mehr in der Lage, an Regierungen beteiligt zu sein. Doch konnte eine solche Politik keine Mehrheit finden.

Einen Dämpfer erhielten die PDS-Traditionalisten bei dem Versuch, die Aussagen über die DDR aus dem 2003er Programm in die Programmativen Eckpunkte hineinzubekommen. Damit findet sich dort eine weniger beschönigende Sicht auf die DDR-Geschichte. In ihnen wurde ein Absatz, der aussagt, dass die Gründung der „antifaschistischen“ DDR in „berechtigtem Gegensatz zur Weiterführung des Kapitalismus in Westdeutschland“ stand, nicht aufgenommen. Einen Teilerfolg erzielten die Orthodoxen mit der Formulierung „dabei wendet sie sich gegen (gemeint ist die Partei) [...] antikommunistische Vorurteile [...]“²³, womit einer Sozialdemokratisierung ein Riegel vorgeschoben wurde. Schon 1995 hatten sich die orthodoxen Strömungen erfolgreich gegen „Reformismus“ gewehrt und einen Parteitagebeschluss durchgesetzt, in dem die PDS beschloss, als sozialistische Partei „nicht anti-kommunistisch“ sein zu können („Sie ist nicht bereit, auf demokratisch-kommunistische Positionen in ihren Reihen zu verzichten.“) Diesen Erhalt des Status quo konnte das orthodoxe Lager in die Vereinigung hinüberretten.

Statt Verstaatlichung wird in den Programmativen Eckpunkten der Begriff Demokratisierung verwendet. Die Kontinuitätslinien zur PDS sind unverkennbar. Neu hinzugekommen ist das Primat (oder auch Vorrang) von Politik. Die umfassenden Verstaatlichungsgelüste richten sich auf alle Bereiche, die auch bereits bei der PDS genannt wurden: Gesundheit, Wasser, Energieversorgung, Abfallentsorgung, die Entwicklung der Städte und des ländlichen Raums, kostengünstiges Wohnen, öffentlicher Nah- und Fernverkehr, kostenfreie Bildung, würdevolles Leben im Alter sowie die Entfaltung von Kultur und Wissenschaft.

1| *Zur Entstehung und Entwicklung der WASG*, vgl. Eckhard Jesse, Jürgen Lang, 2008, *Die Linke – der smarte Extremismus einer deutschen Partei*, München. Patrick Moreau, 2007, *Arbeit soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG)*, in: Frank Decker, Viola Neu (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Parteien*, Bonn, S. 155 ff.

2| 2007, *Programmativische Eckpunkte*, http://die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programmativisch_eckpunkte_broschuere.pdf, vom 17.08.2011, S. 1, fortan zitiert als 2007, *Programmativische Eckpunkte*.

- 3| Jürgen P. Lang, 2010, *Ist DIE LINKE eine demokratische Partei?* in: Uwe Backes, Alexander Gallus, Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Baden-Baden, S. 168.
- 4| 2007, *Programmatische Eckpunkte*, S. 1.
- 5| 2007, *Programmatische Eckpunkte*, S. 1.
- 6| 2007, *Programmatische Eckpunkte*, S. 4.
- 7| *Beides: 2007, Programmatische Eckpunkte*, S. 5.
- 8| 2007, *Programmatische Eckpunkte*, S. 1.
- 9| 2007, *Programmatische Eckpunkte*, S. 2.
- 10| 2007, *Programmatische Eckpunkte*, S. 2.
- 11| 2007, *Programmatische Eckpunkte*, S. 10.
- 12| 2007, *Programmatische Eckpunkte*, S. 11.
- 13| 2007, *Programmatische Eckpunkte*, S. 5.
- 14| 2007, *Programmatische Eckpunkte*, S. 13.
- 15| 2007, *Programmatische Eckpunkte*, S. 1.
- 16| 2007, *Programmatische Eckpunkte*, S. 5.
- 17| 2007, *Programmatische Eckpunkte*, S. 1.
- 18| 2007, *Programmatische Eckpunkte*, S. 2.
- 19| 2007, *Programmatische Eckpunkte*, S. 2.
- 20| 2007, *Programmatische Eckpunkte*, S. 2.
- 21| 2007, *Programmatische Eckpunkte*, S. 5.
- 22| Ronald Weckesser, in: *Symbolischer Bruderkampf. Die Dresdner PDS streitet: Wer ist die wahre Linke?*, FAS vom 04.03.2007.
- 23| 2007, *Programmatische Eckpunkte*, S. 3.

DAS PROGRAMM VON 2011 – RADIKALE OPPOSITION

WICHTIGSTE ERGEBNISSE DES PROGRAMMS VON 2011

Die Linke betont auch in diesem Programm wieder massiv die Überwindung des politischen Systems der Bundesrepublik. Dafür benutzt sie den Begriff des „demokratischen Sozialismus“, der sich inhaltlich völlig vom sozialdemokratischen Verständnis unterscheidet.

Ihr Ziel ist vor allem eine komplette Veränderung der sogenannten Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse. Dies bedeutet in der Konsequenz weitgehende Verstaatlichungen vor allem von größeren Unternehmen und Konzernen. An erster Stelle stehen Banken und Energieunternehmen.

Für Koalitionen auf der Bundesebene hat sie sogenannte „rote Haltelinien“ beschlossen, die eigentlich einen Eintritt in eine Koalition unmöglich machen. Ob dies 2013 aber tatsächlich so ernst genommen würde, sei dahingestellt. Die Landesverbände sind nicht an diese Haltelinien gebunden. Kompromisslos zeigt sich die Partei demnach bei militärischen Einsätzen, Privatisierungen (vor allem im Bereich der Daseinsvorsorge), Abbau des öffentlichen Dienstes sowie gegenüber jeglichem Sozialabbau.

Die politischen Kernforderungen der Partei sind im Wesentlichen gleich geblieben: von „Hartz IV muss weg“ über die Bewahrung der Sozialversicherungssysteme, Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich auf 30 Stunden, Abschaffung der Rente mit 67, Mindestrente sowie ein Mindestlohn, der bei 60 Prozent des Durchschnittseinkommens liegen soll.

Das Programm hinterlässt einen disparaten Charakter. Statt tatsächlich Kompromisse zu erzielen, hat die Partei sich dazu entschieden, allen Platz einzuräumen, so dass sich auch sehr widersprüchliche Aussagen finden lassen. Doch ist dies eher kosmetischer Natur. An der Grundaussage, dass sie immer noch in absoluter Gegnerschaft zur parlamentarischen Demokratie stehen, hat sich nichts geändert.

DAS NEUE PROGRAMM VON 2011

„Das ist ein sehr klares linkes Programm, das unser Profil sehr gut umschreibt. Ich freue mich, dass seine Grundaussagen, die ja schon vor anderthalb Jahren vorgelegt wurden, in der Basis auf große Zustimmung gestoßen sind“, sagte Sahra Wagenknecht im Vorfeld des Parteitags.¹ Vor dem Hintergrund dieses sehr eindeutigen Verdikts der Galionsfigur der Orthodoxen, die darüber hinaus mit Lafontaines Segen ausgestattet ist, wäre zu erwarten gewesen, dass der Programmparteitag zu heftigen Flügelkämpfen führen würde. Zumindest wurde der im März 2010 erste Entwurf der Programmkommission heftig diskutiert. Der erste Entwurf trug stark die Handschrift des ehemaligen Vorsitzenden der Linken, Oskar Lafontaine. Hauptort der Auseinandersetzung war ein von der Partei eingerichtetes eigenes Internetportal.² Begleitend veröffentlichte das *Neue Deutschland* zu allen Fragen programmatische Positionen und Gegenpositionen.³ Am 3. Juli erfolgte dann die Veröffentlichung des Leitantes an den Parteitag (21.-23. Oktober 2011, Erfurt).

Eine Entschärfung bzw. eine stärkere Durchsetzung des Reformerlagers ist dem Leitantrag jedoch nicht anzumerken. Vielmehr handelt es sich um ein Sammelsurium des Unvereinbaren, von der Partei als „Kompromiss“ tituliert. Dennoch scheint gerade die Disparität des Programms harmonisierend auf die Delegierten zu wirken. Die Auseinandersetzung auf dem Parteitag verlief für die Verhältnisse der Partei verhältnismäßig friedlich. In der Aussprache hat die Mehrheit der Repräsentanten der unterschiedlichen Strömungen für die Annahme plädiert. So wurde es dann mit einer

Mehrheit von 96,9 Prozent der Delegierten angenommen (muss aber noch durch einen Mitgliederentscheid bestätigt werden).

Im Vorfeld des Parteitags – noch voller Hoffnung auf ein erfolgreiches Wahljahr 2011 – konnte man eine Wiederbelebung der alten Kämpfe erleben. Michael Brie⁴ hat die Scheidelinien auf sechs Schlachtfelder konzentriert: Erstens die Kapitalismusfrage (Ist der Kapitalismus innovationsfähig?) – wenn dies verneint würde, gebe es nur den „revolutionären Bruch“, im anderen Falle könne man versuchen, das System quasi von innen „auszuhöhlen“. Zweitens gehe es um die Eigentumsfrage, in der es zu definieren gelte, wo das „Wesen einer sozialistischen Eigentumsordnung“ liege. Mit der Klassenfrage sei drittens verbunden, wen die Linke zu vertreten gedenke. Die vierte Frage der Regierungsbeteiligung kreist darum, ob „parlamentarische Arbeit auch Vorbereitung linker Regierungen“ sei, oder „nur eine Bühne der politischen Auseinandersetzung“. Die Militär- und Sicherheitsfrage sieht er fünftens im Konflikt mit der Geltendmachung von Menschenrechten. Als sechste Frage stellt er die Frage nach der politischen Kultur und der Kompromissfähigkeit von Parteien. Nicht erwähnt wird ein weiterer Knackpunkt: der Umgang mit der Vergangenheit. Hierzu sagt Benjamin Hoff: „Wie kann ich eine positive linke Politik vermitteln, wenn im Kern die Zukunft die Vergangenheit ist, die durch eine andere Tür wieder reinkommt.“⁵ Damit ist der Kern der strategischen Fragen charakterisiert, den die Linke in ihrem neuen Programm klären möchte.⁶

Statt einer Klärung dieser Frage hat die Parteitagsregie auf ein Signal der Geschlossenheit gesetzt, eindeutig zu Lasten der pragmatischen Reformer. Indem sie die sogenannten „roten Haltelinien“ beschlossen hat, positioniert sie sich auf Bundesebene als radikale Oppositionspartei. Diese Haltelinien sind die von Oskar Lafontaine in die Partei eingebrachten grundsätzlichen Bedingungen für eine Regierungsbeteiligung: keine Privatisierung/Sozialabbau, Schutz des öffentlichen Dienstes und keinerlei Zustimmung zu einem wie auch immer gearteten militärischen Engagement.

Auf der Landesebene lässt sie hingegen durch die Hintertür Koalitionen zu, die gegen diese Koalitionshürden verstoßen. Allein hieran wird sichtbar, dass ein Kompromiss zwischen einer „Gegen-alles-Partei“ und einer „Regierungspartei“ in der Realität mehr als eine Zerreißprobe darstellt.

Und seit diesem Parteitag bestehen nur geringe Zweifel an der Rückkehr von Lafontaine als Zuggpferd der Partei. Nur ein völlig unpolitischer Denker kann annehmen, dass eine Partei die Abschlussrede eines Programm-Parteitag von einem saarländischen Fraktionsvorsitzenden halten ließe. Denn mit den „Haltelinien“ hat er bereits die Wahlkampfstrategie für die Bundestagswahl 2013 beschließen lassen: Mobilisierung des größtmöglichen Protestes.

Insgesamt ist das Programm ausgesprochen umfangreich und fast jede innerparteiliche Gruppierung und Strömung hat ihre Handschrift hinterlassen, was den Schilderungen der Welt, wie sie die Linke wahrnimmt, geschuldet ist. In sich wiederholender Prosa werden für alle möglichen Bereiche Deskriptionen abgeliefert. Dies führt zu einer Reihe von Inkonsistenzen, da die staatssozialistische Theorie mal mehr, mal weniger durchscheint. Die Arbeit der Programmkommission scheint sich in erster Linie auf „Copy and Paste“ beschränkt zu haben. Am Ende kann auch nicht von Einigung auf eine gemeinsame Linie gesprochen werden, sondern von einem widersprüchlichen Nebeneinander in einer Strömungspartei, die selbst nicht weiß, was sie will. Die Schwergewichte haben sich verlagert: Die gemäßigten Kräfte in der Partei haben in der Programmdebatte das Nachsehen.

Die konkreten politischen Forderungen treten in den Hintergrund und wiederholen im Großen und Ganzen lediglich das, was die Partei immer fordert: die Überwindung des „kapitalistischen Systems“, das Ausschütten eines sozialen Füllhorns, strikter Antimilitarismus, massive Umverteilung des Vermögens und weitreichende Eingriffe in alle Formen des Eigentums.

Eigentlich ist das Programm bereits nach den ersten fünf Seiten abgeschlossen. Der restliche Text dient der Selbstvergewisserung und ist Nabelschau der Strömungen.⁷ Damit soll deutlich werden, dass sie zum einen noch vorhanden sind und zum anderen auch noch Einfluss haben.

Bei diesem Parteitag hat die Linke den Eindruck hinterlassen, als hätte sie ihre klassischen Streitigkeiten beiseite gelegt. Doch scheint es sich eher um einen Burgfrieden zu handeln. Wenn Matthias Höhn⁸ auf dem Parteitag sagt, dass der Widerspruch zwischen Systemkritik und Reformalternativen eigentlich nicht bestehe, dann ist er als Repräsentant des pragmatischen Reformflügels über eine hohe Hürde gesprungen. Denn

bislang war das der Hauptwiderspruch der Partei: Wie kann man das System überwinden (und zwar so schnell wie möglich), wenn man sich im Hier und Jetzt mit „Reformismus“ der Sozialdemokratie annähert und damit das große Ziel der Revolution aus den Augen verliert? Der Druck auf den Reformflügel muss immens gewesen sein. Spätestens nach den verlorenen Wahlen in Berlin mit dem Verlust der Regierungsbeteiligung und Mecklenburg-Vorpommern, wo der Reformflügel sowohl programmatisch als auch personell der SPD eine Regierungsbeteiligung geradezu aufdrängte, standen die Argumente⁹ der Pragmatiker auf wackligen Füßen.

Kapitalismuskritik und die Überwindung der bürgerlichen Demokratie

Die zentrale Ausrichtung der Linken bleibt konstant, auch in der Wortwahl. Hier haben sich die orthodoxen Strömungen durchgesetzt. Sie basiert auf einer marxistischen Kapitalismusanalyse, die selbstverständlich in dem Ziel der Überwindung desselben mündet: „Wir wollen alle gesellschaftlichen Verhältnisse überwinden, in denen Menschen ausgebeutet, entrechtet und entmündigt werden.“¹⁰ In einem Memorandum einiger orthodoxer Kommunisten wird darauf hingewiesen, was gemeint ist: „Es geht nicht um die moralische Läuterung der herrschenden Klasse oder die Anerkennung einer allgemeinen Sittenlehre in der Politik [...]“, sondern klar um den Umsturz.¹¹ Eine in der Wortwahl gemäßigte Formulierung verwendet die stellvertretende Vorsitzende Katja Kipping, hinter der sich die Mehrheit der Partei versammeln kann: „Man kann Ausbeutung im Kapitalismus abmildern, aber nicht abschaffen. Deshalb braucht es den Willen, das Leben heute schon besser zu machen und zugleich die Überzeugung, dass der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist.“¹² Hier knüpft auch der Altkommunist Wolfgang Gehrcke an, der schon mal darauf hinweist, dass der Kapitalismus geschichtlich am Ende sei und deutlich macht, dass Erfurt nicht das „Godesberg“¹³ der Linken sei. Auf den Punkt brachten es schließlich die Parteivorsitzenden Gesine Löttsch und Klaus Ernst, die in ihren Parteitagsreden das Programm als „Kampfansage an das Establishment“ bzw. als „Kampfansage an die Herrschenden und die herrschenden Verhältnisse“ bezeichneten. Auch wenn die Linke bei der Bundestagswahl 2009 11,9 Prozent der Stimmen erzielte, erscheint die auf dem Parteitag ständig wiederholte Behauptung, sie würde Politik für 99 Prozent machen, dialektischen Ursprungs. Tatsächlich ist es umgekehrt: 88,1 Prozent haben sich gegen die Partei entschieden. Aber vielleicht spiegelt sich darin die unverrückbare und von

Zweifeln nicht übermäßig eingetrübte Überzeugung der eigenen Überlegenheit, wie sie manchmal in Sekten aufzufinden ist.

Die einigende Formel der Partei lautet: „Wir kämpfen für einen Systemwechsel.“¹⁴ Der Kampf für den Systemwechsel wird in der Partei als Metapher für eine grundlegende Veränderung aller gesellschaftlichen Machtverhältnisse verstanden.

Bei dem Systemwechsel soll aus „passivem Unmut aktive Gegenwehr“ werden. Zudem will man sich des „Widerstands“ bedienen.¹⁵ Der Kapitalismus wird nach klassischer marxistischer Analyse für alle „Krisen der Zivilisation“¹⁶ verantwortlich gemacht. So weit, so bekannt.

Der demokratische Sozialismus ist nach wie vor das politische Ziel der Linken, nachdem die WASG ihren Widerstand gegen den Begriff aufgegeben hat. Dass dieser Begriff jedoch keine inhaltliche Nähe zum Verständnis des demokratischen Sozialismus der SPD hat, liegt auf der Hand. Die Linke konterkariert geradezu den Begriff. Zunächst spricht sie von der „Unteilbarkeit der Menschenrechte“ mit der Begründung: „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“¹⁷ Unerwähnt bleibt an dieser Stelle (wie immer), dass die „Unteilbarkeit der Menschenrechte“ nach diesem Zitat von Marx freilich erst vorhanden ist, nachdem die Revolution die bürgerliche Klasse gewaltsam eliminiert hat.

Die Okkupation von Begriffen und die Umdeutung ihrer Wesensgehalte gehört seit jeher zum Arsenal kommunistischer Strategien. Denn beim sozialdemokratischen Verständnis des demokratischen Sozialismus geht es gerade nicht um die „grundlegende Veränderung der herrschenden Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse“¹⁸. Daher soll genau dokumentiert werden, wie die Linke demokratischen Sozialismus versteht: „Er verbindet Protest und Widerstand, den Einsatz für soziale Verbesserungen und linke Reformprojekte unter den gegebenen Verhältnissen und die *Überschreitung der Grenzen des Kapitalismus* zu einem großen Prozess gesellschaftlicher Umgestaltung, der das 21. Jahrhundert bestimmen wird. [...] Dieser Prozess wird von vielen kleinen und großen Reformschritten, von Brüchen und *Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe gekennzeichnet sein*“.¹⁹

Eigentums- und Wirtschaftsordnung

Bei der Eigentumsfrage findet man überwiegend Wiederholungen der PDS-Programmatik. Es bleibt unwidersprochen, dass die „Dominanz des Profits überwunden“ werden muss und eine „Unterordnung der Wirtschaft“ unter die Politik erreicht werden müsse, damit die „Vorherrschaft des Kapitals“ gebrochen werde.²⁰ Dies will sie – wie auch bei den anderen Programmen – auf der Basis einer „demokratische(n) Wirtschaftsordnung“²¹ erreichen.

Das Fehlen einer einheitlichen Handschrift führt zu Skurrilitäten. Anscheinend ist es den westdeutschen Linken-Mitgliedern gelungen, die Bundesrepublik nicht nur als „kapitalistisch“ wahrzunehmen. Hier verwendet die Linke den Begriff „soziale Marktwirtschaft“.²² Gleichermaßen gewinnt sie dem Kapitalismus an einigen Stellen Positiva ab, da er immerhin „unermesslichen Reichtum hervorgebracht“ und „in vielen Ländern den Wohlstand großer Teile der Bevölkerung erhöht“ habe, zudem habe es „sozialstaatliche Zugeständnisse“ gegeben, sogar die Ausweitung demokratischer Rechte wird (zumindest an einer Stelle) konzediert.²³

Damit befindet sich die Partei eigentlich in einem ideologischen Dilemma: Nach Marx ist der Kapitalismus grundsätzlich nicht reformierbar, weshalb er abgeschafft werden muss. Zudem kommt der Reichtum ja nicht der Gesellschaft (den Arbeitern) zugute, da das Kapital die Tendenz zur Akkumulation und Konzentration habe. Auch die Verelendungstheorie, die ansonsten ständig im Programm auftaucht, wird komplett negiert. Dass die Partei die Bundesrepublik als soziale Marktwirtschaft darstellt, die einen „Kompromiss zwischen Lohnarbeit und Kapital“²⁴ herstellt, um sie hinterher wieder als Ausgeburt des Kapitalismus zu geißeln und die Überwindung derselben zu fordern, ist ein Zeichen für ein sinnbefreites Nebeneinander unterschiedlicher Einflusszentren der Partei, die sich nicht mehr auf einen Kurs verständigen können.

Diese divergierenden theoretischen Positionen hindern die Partei jedoch nicht, daran festzuhalten, dass der Kern der Programmatik auf die Veränderung von Eigentumsverhältnissen zielt. Dies ist (wie bereits bei der PDS) in einem umfassenden Sinne zu verstehen: Die Partei möchte bestimmen, wo es staatliches oder privates Eigentum geben kann²⁵ und kontrollieren, wie dieses Eigentum verwendet wird (Verfügungsgewalt über Eigentum). Generell gilt die Regel: je größer, desto staatlicher.

Verstaatlicht werden sollen die Banken (wobei es auch Sparkassen und Genossenschaftsbanken geben soll) sowie „strukturbestimmende Großbetriebe“. Gleichmaßen sollen alle Bereiche, die der Daseinsvorsorge dienen, verstaatlicht werden (Energie, Wasser, Mobilität, Wohnen, soziale Infrastruktur, Gesundheit, Bildung und Kultur).²⁶ Zusätzlich spricht die Partei von Belegschaftseigentum. Die Verstaatlichung von Banken und Energieunternehmen rückt zwar durch die aktuelle Agenda in den Vordergrund, doch ist unter dem Begriff „Demokratisierung“ kein Bereich vor Verstaatlichung geschützt.

Denkt man die Verstaatlichungsziele der Partei weiter, setzen diese zunächst einen staatlichen Dirigismus voraus, wie gerade das Beispiel der DDR eindrucksvoll demonstrierte. Man benötigt eine gigantische Wirtschaftsbürokratie zur Lenkung und Überwachung der Prozesse. Ein größerer Widerspruch zur vermeintlichen „Demokratisierung“ ist wohl kaum vorstellbar. Vorsorglich hat die Partei bereits eine Ausweitung des öffentlichen Dienstes im Visier.

Wichtiger als die Eigentumsform ist jedoch der Generalvorbehalt, unter dem jedes Eigentumsrecht steht. Denn die Linke fordert, dass „sämtliche Eigentumsformen emanzipatorischen, sozialen und ökologischen Maßstäben“²⁷ unterworfen werden. „Ohne Demokratie in der Wirtschaft lassen sich die Interessen der Allgemeinheit gegenüber engen Profitinteressen nicht durchsetzen.“²⁸ Früher hätte man wahrscheinlich davon gesprochen, dass die Ausbeuterklasse erst vernichtet werden müsse, bevor die Interessen der Massen Ausdruck finden. Grundidee ist jedoch die Verfügungsgewalt über Eigentum. Hier hat die Linke eine eindeutige Position eingenommen, über die früher noch gestritten wurde. „Allein die Änderung der Eigentumstitel ist unzureichend. Letztlich kommt es auf die Verfügung und die Zugänge zum gesellschaftlichen Reichtum an“²⁹ genau: um die vollständige Beseitigung von Herrschaft über den Besitz und der damit verbundenen Entscheidungsfreiheit.

Eine freie Verfügungsgewalt über welche Form des Eigentums auch immer gibt es demnach nicht mehr, sondern eine Gewährung von Eigentumsrechten unter interpretationsoffenen Einschränkungen, die in jedem Fall zu willkürlichen Enteignungen führen können. Wie kann man zum Beispiel unter sozialen Maßstäben ein Auto besitzen? Vielleicht in dem man den Schlüssel einfach stecken lässt? Mit der Aushebelung der Eigentumsrechte wird der Wesensgehalt jeder demokratischen Ordnung ad

absurdum geführt, da Eigentums- und Freiheitsrechte in enger Koppelung stehen und sich gegenseitig bedingen. Zum Beispiel sind die allgemeine Handlungsfreiheit, Berufsfreiheit oder Pressefreiheit ohne Eigentumsrechte kaum zu garantieren.

Umverteilung von Vermögen

Die Linke beantwortet die Frage, wie sie all die sozialen Wohltaten finanzieren möchte, in altbewährter Weise: Umverteilung von oben nach unten. Dazu plant sie – wie bereits in früheren Programmen – eine Vermögenssteuer (jährlich fünf Prozent auf private Millionenvermögen) sowie eine Erbschaftssteuer auf große Vermögen, wobei sie offen lässt, was ein großes Vermögen ist und welchen Teil sie den Erben hinterlassen wird. Da sie dies aber als zentrales Instrument sieht, um die „Ungleichheit und Konzentration privater Vermögen zu verringern“,³⁰ ist anzunehmen, dass den Erben ein eher übersichtlicher Betrag zugeteilt wird. Ansonsten sollen alle, bei denen die Partei Geld vermutet, mehr Steuern zahlen: Konzerne, Unternehmen, Arbeitnehmer (über die Einkommenssteuer und die Kapitalertragssteuer). Gleichmaßen soll das Ehegattensplitting abgeschafft werden, wohl aus ideologischen denn aus monetären Gründen, denn dies fördere die „traditionelle männlich dominierte Alleinverdienerehe“.³¹

„Gute Arbeit“

Die Frage „Was ist gute Arbeit?“ und wie die Menschen subventioniert werden, hat in der Partei eine heftige Debatte ausgelöst. Insbesondere die feministische Fraktion wendet sich gegen die Verengung von Arbeit auf Erwerbsarbeit. „Gute Arbeit“ sei somit „vereinbar mit Familie und sozialem Leben“ sowie mit dem „Gewissen“ des Erwerbstätigen und sollte zudem nicht allzu hohe Ansprüche „an die Flexibilität und Fahrzeiten“³² stellen. Wichtig ist, dass Arbeit „genügend freie Zeit für Erholung, Muße und selbstbestimmte Tätigkeiten“³³ lässt. Da man eine 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich anstrebt, sollte dies durchaus realisierbar sein.

Umstritten ist lediglich, wie man diejenigen subventioniert, die nicht arbeiten, da es selbstverständliche keine Verpflichtung gibt, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Ein Teil der Partei plädiert unter dem Motto „Hartz IV muss weg“ für eine „sanktionsfreie Mindestsicherung“³⁴ im Falle

von Arbeitslosigkeit. Ein nicht unbedeutender Teil, angeführt von Katja Kipping, plädiert für ein „bedingungsloses Grundeinkommen“.³⁵ Hier wird die gesellschaftliche Bedeutung der Erwerbsarbeit als nicht zeitgemäß dargestellt. Feministische Positionen treten in Kontrast zu gewerkschaftlichen Haltungen, auch weil eine privilegierte Rolle der Gewerkschaften in der Linken umstritten ist. Kipping spricht von einer „Vier-in-einem-Perspektive“, bei der Erwerbs- und Familienarbeit, politische Einmischung und Muße „gleichermaßen eine Rolle spielen“.³⁶ Dementsprechend steht sowohl dem selbsternannten Politikaktivisten wie dem Müßiggänger eine von der Allgemeinheit finanzierte rosige Zukunft bevor. Kontrahent zu dieser Position³⁷ ist Ralf Krämer, ein aus dem Westen stammender SPD-Gewerkschafter, der über die WASG zur Linken stieß. Er vertritt dabei klassische Gewerkschaftshaltungen, wonach der Sozialstaat für Hilfsbedürftige da sein soll und nicht für die gesamte Bevölkerung und die Frage der Lohnarbeit das Hauptkampffeld der Partei sei. Im Programm wird offen gelassen, ob die Partei sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen einsetzen wird.

Wie bereits in den letzten Jahren fordert die Linke ein „ungehindertes Streikrecht“, den „politischen Streik und Generalstreik“. Selbstverständlich sind Aussperrungen als „Kampfinstrument der Unternehmer“ zu verbieten.³⁸ Der Generalstreik zählt für die Partei zu den „wirksamsten Kampfformen, um den Herrschenden und dem Kapital Grenzen zu setzen und Veränderungen zu erzwingen“.³⁹ Dass dies nichts mit demokratisch legitimierten Verfahren und gesellschaftlichen Mehrheiten zu tun hat, muss nicht gesondert erwähnt werden.

Dies folgt der Strategie, dem sogenannten außerparlamentarischen Kampf eine wesentliche Rolle beim zu stürzenden demokratischen System zuzuweisen. Die Linke erwartet, dass sich die Gewerkschaften „als starke, aktive, kämpferische und politisch eigenständig handelnde“⁴⁰ Organisation erweisen, was deren Selbstverständnis widerspricht. Letztlich zeichnet sich hier auch die altbekannte kommunistische Bündnisstrategie ab, die je nach politischer Gesamtwetterlage jeweils bis weit ins bürgerliche Lager hineinreichen kann, wobei den Bündnispartnern in Leninscher Logik die Rolle der „nützlichen Idioten“ zugewiesen wird. Durch den Zusammenschluss mit der WASG wird der Einfluss der über diesen Weg in die Partei geratenen Gewerkschafter auf die Linke vielfach als zu groß eingeschätzt und befürchtet, dass die Kontakte zu den sogenannten „progressiven Menschen“ und dem im Bewegungsmilieu

darunter leiden könnten. Aktuell erfreut sich die Partei an der „Occupy“-Bewegung, von der sie hofft, wie früher beispielsweise von ATTAC, Einfluss ausüben zu können. Die Linke betreibt, wie früher auch die PDS⁴¹, eine Strategie, die versucht, sich bereits vorhandenen Bewegungen anzuschließen und zum Teil auch zu steuern. Ob Bewegungen wie „Occupy“ diese Vereinnahmung zulassen, ist allerdings mehr als offen.

Feminismus und Ökologie

Die Bundesgeschäftsführerin Caren Lay konnte erleichtert auf dem Parteitag mitteilen, dass der Streit um die richtige Interpretation der reinen Lehre zu einem positiven Ergebnis geführt habe, die Emanzipationsfrage sei nämlich kein Nebenwiderspruch im Sozialismus. Dies erklärt den Umfang, den feministische Positionen im Programm einnehmen. Im Vergleich zu früheren Programmen erfolgt eine klare Aufwertung dieser Positionen, die sich wie ein roter Faden in fast allen Feldern wiederfinden. Daher will die Partei nicht nur die „kapitalistischen“ Verhältnisse überwinden, sondern auch die „patriarchalen“.⁴²

Kopfzerbrechen bereitet der Partei auch, wie sie mit der Ökologie umgehen sollte. Denn einen „grünen“ Kapitalismus kann es nicht geben, da damit die Systemfrage verloren ginge. Sahra Wagenknecht wie auch das ehemalige DKP-Mitglied Eva Bulling-Schröter ließen keine Zweifel am Stellenwert der umweltpolitischen Stoßrichtung aufkommen, indem sie einen „grün lackierten“ Kapitalismus für die Linke ausschlossen. Daher wird die Ökologie zugleich als „ökonomische, soziale und kulturelle – eine Systemfrage“⁴³ verstanden. Die Linke bleibt damit intellektuell weit hinter dem umweltpolitischen Diskurs. Nach ihrem Verständnis werden sich alle Umweltprobleme lösen, wenn der Sozialismus wieder die Herrschaft übernommen hat.

Einzelne Aspekte

Leicht strittig ist nach wie vor die Frage der Militäreinsätze. Eine Minderheit ist der Ansicht, man müsse im Einzelfall prüfen, ob damit Menschenrechte geschützt werden. Diese würden Einsätze, die mit einem UN-Mandat versehen sind, unterstützen. Mehrheitlich werden jedoch alle militärischen Einsätze abgelehnt, verbunden mit der Forderung, die NATO aufzulösen. Dafür möchte sich die Linke für humanitäre Einsätze ein „Willy-Brandt-Corps“ leisten.⁴⁴

Die plurale Gesellschaft ist der Partei nach wie vor suspekt. Dies zeigt sich beispielsweise daran, dass sie alle Medien (inklusive des Internets) „unter gesellschaftliche Kontrolle“ stellen möchte und überall „demokratische Redaktionsstatuten“ sowie die „Stärkung einer breiten Gegenöffentlichkeit“⁴⁵ eingeführt sehen möchte. Dies steht im völligen Gegensatz zu Artikel 5 des Grundgesetzes, das jedem das Recht zuspricht, seine Meinung frei zu äußern sowie die Pressefreiheit garantiert. Statt einem Kampf der Meinungen schwebt der Partei eine staatliche (hier mit dem Begriff „gesellschaftlich“ verbrämt) Kontrolle ihr genehmer Meinungen vor.

Auch der Gedanke, dass die Justiz „alle gesellschaftlichen Schichten angemessen repräsentieren soll“, um „tatsächlich im Namen des Volkes“⁴⁶ Recht zu sprechen, beinhaltet ein krude Mischung aus falsch verstandener Identitätstheorie und Räteromantizismus. Außerdem bedarf es erneut einer höheren Instanz, die entscheidet, was eine repräsentative Zusammensetzung ist und diese letztlich bestimmt oder entsendet. Damit wird weder die Unabhängigkeit der Justiz noch Rechtsstaatlichkeit gewährleistet.

Auch andere Forderungen sind der Abteilung Kuriosa entnommen. So sollen die „Grundrechte und Arbeitnehmerrechte auch in den Kirchen und Religionsgemeinschaften und in deren Einrichtungen Geltung haben. Niemand, der sich nicht bekennt, darf in irgendeiner Weise benachteiligt werden“.⁴⁷ Damit wird der betriebsverfassungsrechtliche Schutz der Tendenzbetriebe ausgehebelt, dessen Geltungsbereich nicht nur Kirchen, sondern eine Vielzahl von Einrichtungen umfasst. Vielleicht kann man sich in der Linken für protestantische Imame und buddhistische Bischöfe erwärmen, dann müsste man aber auch Udo Voigt als Parteivorsitzenden zulassen. Die Partei fordert darüber hinaus die Trennung von Staat und Kirche.

Das Programm hat einen disparaten Charakter. So findet man in dem Programm innerhalb von wenigen aufeinander folgenden Zeilen Positionen der orthodoxen Marxisten, die von Reformen gekontert werden und den Leser ratlos zurück lassen. An einer Stelle wird darüber fabuliert, dass es eine „gemeinsame Klassenlage“ gebe, die sich aus dem „allgemeinen Charakter der Lohnarbeit mit ihrer Abhängigkeit vom Kapital“ ergebe, und daraus hätte diese Klasse (der Lohnabhängigen) auch ein „gemeinsames Interesse [...] die kapitalistische Herrschaft und Ausbeu-

tung zu beschränken“. Soweit so klassisch marxistisch. Dann folgt ein Absatz der feministischen Strömung, aus dem sich nicht ergibt, warum er ausgerechnet bei der Klassenfrage eingefügt werden musste: „Die Geschlechterverhältnisse sind Bestandteil der Produktionsverhältnisse und drücken sich insbesondere in der Organisation der Reproduktion“⁴⁸ aus.“ Ob der Sozialismus es schafft, Kinder ohne Frauen auf die Welt zu bringen, lassen die Autoren an dieser Stelle offen. Nach sechs Zeilen Feminismus schlagen die Reformer zu, die verdeutlichen, dass es Unsinn sei anzunehmen, dass aus der „gemeinsamen Klassenlage [...] unmittelbar auch eine gemeinsame Interessenvertretung oder gar ein Klassenbewusstsein“ hervorgehe, was auf die differenzierten Lebenslagen der Lohnabhängigen zurückzuführen sei.⁴⁹ Zudem könne man selbst bei den Kapitalisten nicht von einer homogenen Klasse ausgehen. Mehr Widersprüche sind innerhalb von drei Absätzen wohl kaum unterzubringen, andererseits kann sich auch jeder wiederfinden.

Der Parteitag hat sich für die Legalisierung⁵⁰ des Konsums von Kokain und Heroin ausgesprochen, musste aber den Beschluss (nach einer Intervention von Gregor Gysi) wieder etwas einschränken.

Die Linke hat in ihrem Programm weitgehend die sozialpolitischen Beschlüsse der vergangenen Jahre bestätigt und noch ein bisschen ausgeweitet, was im Übrigen regelmäßig erfolgt: Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich auf dreißig⁵¹ Stunden, Abschaffung von Hartz IV⁵², Abschaffung der Rente mit 67, Mindestrente, Mindestlohn bei 60 Prozent⁵³ des Durchschnittseinkommens.

Beim Geschichtsbild ergeben sich keine wesentlichen Veränderungen. Die bisherige schöngefärbte Geschichte des Sozialismus (inklusive aller klassischen Kampfpapieren⁵⁴) wird lediglich um einige westdeutsche Sichten ergänzt, die sich im Schwerpunkt mit der Erfolglosigkeit der Kommunisten in Westdeutschland und der Entwicklung der „Bewegungsmilieus“ auseinandersetzen.

- 1| <http://www.welt.de/politik/deutschland/article13669701/Mit-hoeheren-Steuern-gegen-die-Euro-Krise.html> vom 20.10.2011.
- 2| <http://www.die-linke.de/programm/wortmeldungen/> vom 24.08.2008. Die Wortmeldungen sind in zwei Bereiche untergliedert: Wortmeldungen zum ersten und zum zweiten Programmentwurf. Der erste Programmentwurf hat eine heftige und intensive Debatte hervorgerufen, während die Beiträge zum Leitantrag übersichtlich sind.
- 3| Offene Fragen der Linken. Eine ND-Serie. Ebenfalls publiziert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung im November 2010.
- 4| Michael Brie, Offene Fragen der Linken, in: Neues Deutschland vom 22.03.2010.
- 5| <http://www.tagesspiegel.de/berlin/bundesspitze-verdirbt-berliner-linken-dendenspurt/4528932.html>, vom 23.08.2011.
- 6| Zu den langfristigen strategischen Fragen kommen in der Debatte um das Programm von 2011 noch einige konkrete Politikfelder, wie z. B. die Frage, ob es ein bedingungsloses Grundeinkommen geben sollte. Auf diese Diskussionen wird in dieser Analyse nur am Rande eingegangen.
- 7| Vgl. „Es strömt viel in der Linken“, Neues Deutschland vom 21.10.2011, Eckhard Jesse, Jürgen P. Lang, 2008, Die Linke – der smarte Extremismus einer deutschen Partei, München, S. 97 ff.
- 8| Halina Wawziniak, die mit Raju Sharma ihren Gegenentwurf zurückgezogen hat, stimmte dem Programm nicht zu.
- 9| Viele Gedanken aus dem Reformerlager tauchen nicht mehr auf. So ist u. a. der Bezug zur Freiheit weggefallen bzw. auf wenige Schlagworte verkürzt worden.
- 10| Alle Fußnoten, die aus dem Programm der Partei Die Linke zitiert werden, beziehen sich auf den Link:
http://www.dielinke.de/fileadmin/download/dokumente/programm_der_partei_die_linke_erfurt2011.pdf vom 31.10.2011.
Im Folgenden zitiert als: 2011, Programm der Partei Die Linke, hier: S. 4. Der Originaltext bei Karl Marx lautet: alle „gesellschaftlichen Verhältnisse zu beseitigen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“, MEW 1/KHR: 385.
- 11| http://die-linke.de/nc/die_linke/nachrichten/detail/zurueck/wortmeldungen-1/artikel/memorandum-zur-linken-programmdebatte/ vom 24.08.2011.
- 12| „Ein Programm ist kein Kochbuch“, Neues Deutschland vom 19.10.2011.
- 13| Die SPD hielt 1891 in Erfurt und 1959 in Godesberg einen Programmparteitag ab. Erfurt steht symbolisch für eine stärkere Ausrichtung an der marxistischen Ideologie und für die Zurückdrängung von reformerischen Strömungen, Godesberg ist das Symbol für den Wandel der SPD von der Klassen- zur Volkspartei.
- 14| 2011, Programm der Partei Die Linke, S. 4.
- 15| 2011, Programm der Partei Die Linke, S. 4.
- 16| 2011, Programm der Partei Die Linke, S. 10.
- 17| MEW, Bd. 4, S. 482, 2011, Programm der Partei Die Linke, S. 21.
- 18| 2011, Programm der Partei Die Linke, S. 21.
- 19| 2011, Programm der Partei Die Linke, S. 21.
- 20| 2011, Programm der Partei Die Linke, S. 5.
- 21| 2011, Programm der Partei Die Linke, S. 5.
- 22| 2011, Programm der Partei Die Linke, S. 11.
- 23| 2011, Programm der Partei Die Linke, S. 11.
- 24| 2011, Programm der Partei Die Linke, S. 11.
- 25| Generell spricht die Partei von privatem, staatlichem, genossenschaftlichem, gesellschaftlichem und kommunalem Eigentum. Zudem gibt es noch Belegschaftseigentum.

- 26| 2011, Programm der Partei Die Linke, S. 23.
- 27| 2011, Programm der Partei Die Linke, S. 22.
- 28| 2011, Programm der Partei Die Linke, S. 22.
- 29| 2011, Programm der Partei Die Linke, S. 23.
- 30| 2011, Programm der Partei Die Linke, S. 31.
- 31| 2011, Programm der Partei Die Linke, S. 31.
- 32| 2011, Programm der Partei Die Linke, S. 26.
- 33| 2011, Programm der Partei Die Linke, S. 27.
- 34| 2011, Programm der Partei Die Linke, S. 5.
- 35| „Nicht auf der Höhe der Zeit“, Neues Deutschland vom 21.06.2010.
- 36| „Ein Programm ist kein Kochbuch“, Neues Deutschland vom 19.10.2010.
„Die Frau des Kochs von Cäsar“, Neues Deutschland vom 15./16.10.2011.
- 37| <http://www.sozialistische-linke.de/programm/debatte/wirtschaft-arbeit-umwelt/162-bge-nee> vom 20.10.2011.
- 38| 2011, Programm der Partei Die Linke, S. 37.
- 39| 2011, Programm der Partei Die Linke, S. 55.
- 40| 2011, Programm der Partei Die Linke, S. 55.
- 41| Die wenigen Versuche, außerparteiliche Bündnisse aufzubauen und zu steuern, sind gescheitert (z. B. die Erfurter Erklärung von 1997).
- 42| 2011, Programm der Partei Die Linke, S. 13.
- 43| 2011, Programm der Partei Die Linke, S. 19.
- 44| Gregor Gysi hat Willy Brandt daraufhin gleich großzügig posthum in die Partei aufgenommen („Ab heute gehört Willy Brandt uns.“).
- 45| 2011, Programm der Partei Die Linke, S. 35f.
- 46| 2011, Programm der Partei Die Linke, S. 35.
- 47| 2011, Programm der Partei Die Linke, S. 43.
- 48| Wobei der Begriff Reproduktion von der Linken in allen möglichen Kontexten inflationär verwendet wird: von der Erwerbsarbeit über die Geburt bis hin zu kultureller oder geistiger Reproduktion.
- 49| Alle Zitate dieses Abschnitts: 2011, Programm der Partei Die Linke, S. 14.
- 50| Der Abschnitt, der sich mit der Legalisierung von Drogen beschäftigt, befindet sich im Kapitel „Soziale Sicherheit im demokratischen Staat“.
- 51| Ursprünglich gab es bei PDS und WASG eher eine langfristige Ausrichtung auf die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, wobei unterschiedliche Forderungen kursierten, die z. B. nur Lohnausgleich der Geringverdiener vorsahen.
- 52| Es geht vor allem um die sogenannte Ablehnung von „unzumutbaren“ Arbeitsbedingungen und der damit verbundenen Möglichkeit der Kürzung des Leistungsanspruchs von Hartz IV-Empfängern. Es soll unbegrenzt ein Arbeitslosengeld gezahlt werden, das sich am vergangenen Einkommen orientiert.
- 53| 2008 lag die Forderung noch bei 8,00 Euro.
- 54| Dabei handelt es sich vor allem um die Formel „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!“ Nach klassischer kommunistischer Interpretation hat die „verheerende“ Entwicklung der SPD dazu geführt, dass die „Revolution“ von 1918/1919 niedergeschlagen wurde und die „Spaltung der Arbeiterklasse“ in den 1920er Jahren den Faschismus (nach wie vor wird der Begriff Nationalsozialismus ideologisch abgelehnt) befördert habe. Dass die Sozialdemokraten sich für die Demokratie einsetzten, welche die Kommunisten mit allen Kräften bekämpften, verdeutlicht wiederholt, dass die Linke bis heute nicht die Demokratie zum Maßstab nimmt.

DIE AUTORIN

Dr. Viola Neu wurde 1964 in Ludwigshafen/Rhein geboren und ist seit 1992 Mitarbeiterin der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sie studierte Politische Wissenschaft, Öffentliches Recht und Neuere Deutsche Philologie in Mannheim. Bis Mai 2000 war sie Leiterin der Abteilung Empirische Politikforschung, danach Leiterin des Teams Politische Kommunikation, Meinungs- und Parteienforschung und seit 2011 Leiterin des Teams Empirische Sozialforschung in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin.

ANSPRECHPARTNERIN IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Dr. Viola Neu
Leiterin Team Empirische Sozialforschung
Hauptabteilung Politik und Beratung
10907 Berlin
Telefon: +49(0)-30-2 69 96 35 06
E-Mail: viola.neu@kas.de*

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

http://www.kas.de/publikationen/zukunftsforum_politik.html

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

gern schicken wir Ihnen unsere Veröffentlichungen auch zu. Bitte bestellen Sie mit dem umseitigen Vordruck.

Bis zu drei Exemplare geben wir kostenlos ab. Ab vier Exemplaren berechnen wir eine Schutzgebühr (Bearbeitungs- und Versandkosten) von € 3,00 je Heft. Bei größeren Bestellungen ab 30 Exemplaren gewähren wir einen Rabatt, so dass jedes Heft dann € 2,00 kostet.

Bitte schicken Sie zusammen mit Ihrer Bestellung einen entsprechenden Verrechnungsscheck, Briefmarken oder Geld, erst dann können wir Sie beliefern.

Alle Studien – die aktuellen und vergriffenen – können Sie im Internet herunterladen.

Wenn Sie Fragen zu den Publikationen der Konrad-Adenauer-Stiftung haben, erreichen Sie uns per E-Mail: publikationen@kas.de

Wir wünschen eine interessante Lektüre.

Ihr Publikationen-Team

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BESTELLUNG

Kurztitel	Heftnummer	Preis

* Bitte beachten Sie die umseitigen Lieferbedingungen.

Absender

Vor- und Zuname

Straße / Hausnummer

PLZ / Ort

Datum / Unterschrift

Bitte bestellen Sie hier:
Konrad-Adenauer-Stiftung
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin

Fax: 0 22 41 / 2 46-2479
E-Mail: bestellung@kas.de

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 50 | Föderalismusreform: Föderalismus in Europa I
- 51 | Föderalismusreform: Föderalismus in Europa II
- 52 | Wie wird die Globalisierung heute beurteilt? – Ein Beitrag zu einer „rationaleren“ Diskussion
- 53 | Deutsche Außenpolitik im 21. Jahrhundert. Arbeitskreis Junger Außenpolitiker (*vergriffen*)
- 54 | Globalisierungsdebatte II: Positionen und Gegenpositionen
- 55 | Afrika realistisch darstellen: Diskussionen und Alternativen zur gängigen Praxis. Schwerpunkt Schulbücher (*vergriffen*)
- 56 | Von TIMSS zu IGLU – Eine Nation wird vermessen (*vergriffen*)
- 57 | Ideen für Berlin: Eine Synopse strategischer Entwicklungsvorschläge
- 58 | Jedes Kind zählt – Neue Wege der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung
- 59 | Christ sein in der Politik. Hermann Ehlers heute – anlässlich seines 100. Geburtstags
- 60 | Zur Krise und Reform der Universität
- 61 | Föderalismusreform – Vor der Reform ist nach der Reform? Eine erste Bilanz der Arbeit der Bundesstaatskommission
- 62 | Was die Gesellschaft zusammenhält. Plädoyer für einen modernen Patriotismus
- 63 | Aufbau oder Abriss Ost? Konzeptionelle Überlegungen zur nachhaltigen Stadtentwicklung in den neuen Ländern

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 64 | Föderalismus in Europa III
- 65 | Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland.
Auf dem Weg zur „Volksfront“?
- 66 | Sozialer Bundesstaat
- 67 | Ein Jahr nach der EU-Osterweiterung: Erste Erfahrungen, Probleme,
Aussichten
- 68 | Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung strukturschwacher
Regionen in Ostdeutschland
- 69 | Der deutsche Föderalismus im Reformprozess
- 70 | Wie lange dürfen wir arbeiten? Gesetzliche Altersgrenzen als
Verfassungsproblem
- 71 | Deutsch-russische „Strategische Partnerschaft“: Eine kurzsichtige
Strategie oder Handeln im Interesse Europas?
- 73 | Der „Bachelor“ – Anregungen zur aktuellen Studienreformdebatte
- 74 | Familienfreundliche Personalpolitik
- 75 | Auf dem Weg zu einem patientenfreundlichen Gesundheitssystem.
Liberalisierung des Pharmamarktes. Eine Ordnungsökonomische
Analyse und Implikation für den deutschen Pharmamarkt.
- 76 | Bessere Medizin zu bezahlbaren Preisen. Mehr Qualität und Effizienz
durch Wettbewerb. Plädoyer für die Stärkung des Bürgers im
Gesundheitswesen
Englische Ausgabe: Better Health Care at Affordable Prices
Higher Quality and Greater Efficiency through Competition.
Arguments for Strengthening the Citizen's Position in the Health
System

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 78 | Perspektiven der Innovationspolitik für die neuen Länder
- 79 | Sterbehilfe und selbstbestimmtes Sterben –
Zur Diskussion in Mittel- und Westeuropa, den USA und Australien
Englische Ausgabe: Euthanasia and self-determination in dying –
A review of the debate in central and western Europe, the United
States and Australia
- 80 | Dem Sterben einen Sinn geben
- 81 | Gesundheitskompetenz ausbauen
- 82 | Sozialer Bundesstaat – ein Spannungsfeld
- 83 | Stammzellforschung als politische Herausforderung
- 84 | Die Mitglieder der CDU – eine Umfrage der
Konrad-Adenauer-Stiftung
- 85 | Ethische Bewertungen der Stammzellforschung
- 86 | Probleme der Föderalismusreform in Deutschland – Der gegen-
wärtige Stand der Reformen und der Auftrag der Föderalismus-
kommission II
- 87 | Das Rechtsextreme Bündnis: Aktionsformen und Inhalte
- 88 | Die UNO-Leitlinien zur Dezentralisierung und Stärkung der
Kommunen | UN Guidelines on decentralization and the
strengthening of local authorities
- 89 | Deutschland in der Globalisierung – Auswirkungen und Handlungs-
ansätze für eine bessere Balance zwischen Gewinnern und Verlierern
- 90 | Die Entzauberung der Extremisten? – Erfolgsbedingungen der NPD
im internationalen Vergleich

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 91 | Schöpfungsglaube und Evolutionsbiologie
- 92 | Der „zweite Frühling“ der NPD – Entwicklung, Ideologie, Organisation und Strategie einer rechtsextremistischen Partei
- 93 | Die Freien Wähler in Deutschland – Geschichte – Strukturen – Leitlinien
- 94 | „Die Linke“ – Entstehung – Geschichte – Entwicklung
- 95 | Prävention bis ins hohe Alter
- 96 | „Die Linke“ – Bündnis- und Koalitions politik der Partei
- 97 | „Die Linke“ – Politische Konzeptionen der Partei
- 98 | Rechts- und Linksextremismus in Deutschland – Wahlverhalten und Einstellungen
- 99 | „Impulse 2020“ – Akzente zukünftiger deutscher Außenpolitik
- 100 | Obama und das Internet – Tipps für den modernen Internetwahlkampf
- 101 | Soziale Gesundheitswirtschaft – Ordnungsrahmen für ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem
Englische Ausgabe: The Social Health Economy – A Regulatory Framework for a Healthcare System to meet the Challenges of the Future
- 102 | Innovative Ansätze im Krankenhaussektor – Best-Practice-Beispiele
- 103 | Herausforderungen der Bioethik
- 104 | Väter zwischen Karriere und Familie

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 105 | Freiheit oder Sozialismus – *nur als Online-Publikation erhältlich*
- 106 | Muslime in der deutschen Gesellschaft – eine Zielgruppe der politischen Bildung?
- 107 | Nach ihrer Etablierung – Rechtspopulistische Parteien in Europa. Begriff – Strategie – Wirkung
- 108 | Perspektive 2020: Empfehlungen für eine aktive deutsche Außenpolitik
- 109 | „Direkte Demokratie“ und Parlamentarismus – Argumente und Positionen
- 110 | Von Gysi geeint – von Lafontaine geschweißt. Die programmatische Entwicklung der Partei Die Linke/PDS von 1990 bis 2011